



Band 4. Reichsgründung: Bismarcks Deutschland 1866-1890

Verglichen mit der revolutionären Aufregung von 1848/49 oder den Schrecken des Grabenkriegs von 1914 bis 1918 mag die Bismarckzeit eintönig erscheinen, ein Zeitalter des Gleichgewichts, in dem Konformismus und Gefügigkeit erste Bürgerpflicht waren. Zwar errang Bismarck zwischen 1866 und 1871 verblüffende militärische und diplomatische Erfolge, doch ist seine spätere Amtsperiode als Zeit der „Befestigung“ charakterisiert worden – nicht gerade ein besonders aufregender Interpretationsansatz. Doch beim Blick hinter die oberflächliche Ruhe in Bismarcks Deutschland eröffnet sich ein völlig anderes Bild – durchsetzt mit Widersprüchen, Konflikten und Krisen. Die Widersprüche resultierten aus den Versuchen, die internationalen und konstitutionellen Vereinbarungen, die zur Zeit der Reichseinigung erzielt worden waren, sowohl festzuschreiben als auch zu erweitern. Konflikte waren unvermeidlich, als die Auswirkungen rascher ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Veränderungen Eigendynamik entwickelten und eine junge Generation Deutscher neue Herausforderungen suchte, um den Großtaten ihrer Väter etwas Ebenbürtiges entgegenzusetzen. Krisen ergaben sich immer dann, wenn Bismarck seine Autorität in Gefahr wähnte. Wie kommen wir zu einer Einschätzung der Ursachen, Folgen und historischen Bedeutung all dieser Umwälzungen?

Eine vorläufige Hypothese, die der Leser im Hinblick auf die in diesem Band präsentierten Dokumente und Bilder durchaus überprüfen soll, lautet, dass das Deutsche Reich auf eine Weise geschaffen wurde, die Bestandteile einer modernisierenden Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im Rahmen eines autoritären Staatswesens verankerte. Das ist freilich keine neue These. Überdies ist es leicht, allzu kategorisch die Etiketten „modern“ und „autoritär“ zu benutzen, sodass alles vor 1866 als unmodern, alles nach 1890 dagegen als ultramodern erachtet wird. Viele Grundzüge der deutschen Politik nach 1866 waren demokratischer als die anderer europäischer Staaten dieser Zeit. Umgekehrt sind traditionelle Elemente in den gesellschaftlichen Beziehungen, der Kunst und bestimmten Bereichen der industriellen Wirtschaft leicht auszumachen. Nichtsdestotrotz erlaubten der Amboss der Tradition und der Hammer der Modernität Bismarck und anderen reformorientierten Konservativen, den

deutschen Autoritarismus in neue und dauerhafte Formen zu schmieden. Als Ergebnis der Entscheidungen, die in der Gründerzeit getroffen (oder umgangen) wurden, war das Deutsche Kaiserreich mit Hürden für politische Reformen belastet, und jene Hürden verschlossen oder beschränkten die Möglichkeiten, einen deutschen Faschismus im 20. Jahrhundert zu vermeiden. Trotz des Einflusses bürgerlicher Verhaltenskodizes und der raschen Ausweitung des Industriekapitalismus waren Sozialisten, Katholiken, Polen, Juden und andere Gruppen sozialer Diskriminierung oder offener Verfolgung seitens des Staates ausgesetzt. Wissenschaft und Technik wurden im Interesse der militärischen Feuerkraft, kolonialen Expansion und Beherrschung der Weltmärkte gezähmt. Die Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung fanden praktisch keine Resonanz. Und ein charismatischer Führer übte nahezu diktatorische Kontrolle über seine Ministerkollegen, die Parteivorsitzenden und das gesamte Staatssystem aus.

Wenn die Anführung all dieser Vorzeichen einer verheerenden Zukunft den Anschein vermittelt, als würde die Geschichte rückwärts gelesen, dann sollte man sich auf die Ansichten der zeitgenössischen Deutschen einstellen, die eben nicht wussten, wie die Geschichte enden würde. Genau dabei helfen die in diesem Band enthaltenen Dokumente und Bilder. Bei der Untersuchung dieser Quellen entdeckt man, dass jene Deutschen, die sich auf der richtigen Seite der Klassen-, Religions-, und Geschlechtergrenzen befanden, das Leben in den 1870er und 1880er Jahren eher als stabil und vorhersagbar betrachteten. Ihre Äußerungen zum Zeitgeist sind häufig selbstgerecht, und es lässt sich beobachten, wie sie in der offiziellen Ikonographie der Zeit selbstgefällig posieren. Für andere Deutsche dagegen war das Leben brutal, streng kontrolliert und offenkundig ungerecht. Auch sie fühlten den Puls der Zeit – in ihren Tagebüchern, Autobiografien, Briefen, Parteiprogrammen und Parlamentsreden (wobei die Liste beispielhaft, aber keineswegs vollständig ist). Ihr Streben nach Besserem ist den hier präsentierten Bildern ebenfalls zu entnehmen. Wie differenziert man aber eine Gruppe von einer anderen, und wie findet man einen Platz für die Deutschen, die sich in keine der Gruppen säuberlich einteilen lassen? Vielleicht kann man Antworten auf diese Fragen finden, indem man Max Webers drei Hierarchien: Ehre (Prestige), Vermögen und Macht in Betracht zieht. Doch der Vergleich der in diesem Band anhand von quantitativen und nicht-quantitativen Dokumenten erzählten Geschichten veranschaulicht, wie schwierig es ist, den objektiven Platz der Deutschen innerhalb dieser drei Sphären ihren subjektiven Reaktionen auf einen Auf- oder Abstieg in der gesellschaftlichen Rangordnung zuzuordnen. Daher sind die Quellen in diesem Band anders gruppiert worden.

Sowohl die Dokumente als auch die Bilder sind in sieben Kapitel aufgeteilt: Demographische und ökonomische Entwicklung; Gesellschaft; Kultur; Religion, Bildung und Sozialwesen; Politik I: Reichsgründung; Militär und internationale Beziehungen; sowie Politik II: Parteien und politische Mobilisierung. Jedes dieser Kapitel ist wiederum in mehrere Unterabschnitte eingeteilt, die einzelne Themen in größerem Detail aufgreifen. Und innerhalb dieser Abschnitte wird häufig Bezug genommen auf einzelne Dokumente (D) und Bilder (B), wobei gewöhnlich ein Link bereitgestellt wird, damit der Leser sich direkt zu diesen Primärquellen durchklicken kann.

Der Aufbau dieser Materialien in Kapitel und Abschnitte sollte den Leser nicht davon abhalten, an diese Sammlung von Text- und Bildquellen als Einzeldarstellung heranzutreten, als Geschichte der Entwicklung Deutschlands von 1866-1890, und daraus weiterführende Schlüsse zu ziehen. Tatsächlich verlaufen übergeordnete Themen wie ein roter Faden durch diesen Band. Vier Themenkomplexe werden in den folgenden Ausführungen benannt und erläutert. Der Leser wird dazu ermuntert, sie an verschiedenen Stellen dieses Bandes in Betracht zu ziehen – und selbstverständlich neue zu erkennen.

Das erste Thema fasst sowohl die Bevorzugung des Stillstands als auch die Beweggründe für eine Reform der bestehenden Ordnung ins Auge. Welche wirtschaftlichen Strukturen, sozialen Beziehungen, kulturellen Einstellungen und politischen Institutionen aus dem Jahr 1871 blieben 1890 erhalten – oder gar 1918? Indem man diese Texte analysiert und die Einzelheiten dieser Bilder untersucht, lassen sich die subjektiven Reaktionen der Deutschen auf Stabilität und Wandel im privaten und öffentlichen Leben erforschen.

Das zweite Thema überschneidet sich mit dem ersten. Es betrifft das Spannungsverhältnis zwischen Autorität und Protest. War das Autoritätsprinzip jeden 2. September zu erkennen, wenn die Deutschen die Ursprünge ihres Reiches in der Feuerprobe des Krieges feierten? War die Revolution der Fanfarenstoß, der eine Welle von Streiks, Aussperrungen und weitere Arbeitskämpfe in den letzten Jahren von Bismarcks Kanzlerschaft hervorrief? In den Dokumenten entdeckt man, dass Vertreter des autoritären deutschen Staates – ermutigt durch die Unterstützung der Eliten und anderer Kreise, die befürchteten, das Tempo des Wandels laufe aus dem Ruder – in der Lage waren, viele Barrieren gegen eine gerechtere Verteilung von Wohlstand, Privilegien und Macht zu errichten. Auch stößt man auf eine erstaunliche Anzahl Deutscher, die solche Schranken in Frage stellten, zu kippen versuchten und die

Grundannahmen darüber bezweifelten, wie Autorität legitimiert und eingesetzt werden sollte. Diese Deutschen erdachten oder belebten solche Formen des politischen, sozialen und kulturellen Protests aufs Neue, die man gemeinhin mit früheren oder späteren Abschnitten der deutschen Geschichte in Verbindung bringt – mit dem Zeitalter der Romantik beispielsweise, mit den Revolutionen von 1848/49 oder mit dem Expressionismus, dem Pangermanismus und dem Anarchismus der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts. In diesem Band hat man mit dem Paradox zu kämpfen, dass der Autoritarismus in Bismarcks Deutschland tatsächlich auch Ausdrucksformen des Protests beförderte und radikalisierte.

Das dritte Thema konzentriert sich auf die bemerkenswerte regionale Vielfalt Deutschlands. Diese Fülle lässt sich nicht auf einen Gegensatz von Zentrum und Peripherie reduzieren. Gewiss stößt man häufig auf die skeptischen Ansichten von Deutschen, die sich den sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen in der neuen Reichshauptstadt Berlin fern und durch sie entfremdet fühlten. Doch darf man dabei nicht die extreme geografische Ungleichheit der industriellen Entwicklung, der religiösen Zugehörigkeit und der regionalen politischen Kulturen quer durch die Bundesstaaten und Provinzen Deutschlands vernachlässigen. Nur wenn man die Perspektive der politischen Elite in Berlin aufgibt und die abgelegenen Wege der deutschen Geschichte erkundet, lässt sich die Verflechtung lokaler, regionaler und nationaler Angelegenheiten angemessen erfassen. Und nur dann lässt sich die Vielfalt der Einstellungen unter Steuerzahlern, Kirchgängern, Wehrpflichtigen, Arbeitnehmern, Zeitungslesern und anderen einschätzen, die sich zuerst als Leipziger, Rheinländer oder Bayern betrachteten und erst in zweiter Linie als Deutsche.

Viertens und letztens erinnern die unerwarteten Verlaufsrichtungen und nicht antizipierten Krisen daran, dass die von Deutschen gehegten Hoffnungen und Befürchtungen hinsichtlich des Schicksals der neuen deutschen Nation sich zwischen 1871 und 1890 nicht verringerten. Diese Feststellung schärft beim Beobachter das Bewusstsein, dass die Geschichte des Bismarckschen Deutschland als ein Buch gelesen werden muss, dessen Ende, weil unbekannt, einem tiefen Gefühl der Verunsicherung unter den Zeitgenossen Vorschub leistete. Selbst wenn diese Besorgnis sich größtenteils erst in der wilhelminischen Zeit zeigte und radikalisierte, konnten die Deutschen um die Jahrhundertwende beim Rückblick auf das vorangegangene Vierteljahrhundert zu Recht erstaunt sein, in welchem Ausmaß das Erscheinungsbild der deutschen Gesellschaft sich verändert hatte – und wie rasch. Die neue Eindringlichkeit, mit der eine nationale Wählerschaft im Zeitalter des allgemeinen Männerwahlrechts angesprochen

wurde, das zunehmende Tempo der Arbeit, des Reisens und der Kommunikation, die sich beschleunigende Dynamik des künstlerischen Experimentierens, das plötzliche Auftauchen von Bedrohungen am internationalen Horizont: all dies trug zu einem neuen Gefühl bei – einem der Merkmale der Moderne –, dass das Leben sich immer schneller veränderte und die Zukunft von Tag zu Tag weniger vorhersehbar wurde.

Ein letzter Punkt, der nicht zu offensichtlich ist, um erwähnt zu werden, betrifft die Tatsache, dass sich die historische Forschung zu Deutschland in der Bismarckzeit über die letzten 35 Jahre in spannende neue Richtungen bewegt hat. Im Vergleich zu historischen Interpretationen, die in den frühen 1970er Jahren vorherrschten, betonen neuere wissenschaftliche Darstellungen die Vielfalt, Dynamik und Paradoxe der deutschen Entwicklung unter Bismarck, ohne jedoch aus den Augen zu verlieren, was sich zwischen 1871 und 1890 *nicht* veränderte. In den folgenden sieben Kapiteln wird dieser historiographische Zusammenhang in vielen der einleitenden Bemerkungen angeführt, die den Dokumenten und Bildern vorangehen. Diese Bemerkungen, ebenso wie die vorliegende Einleitung, halten die Leser dazu an, ihre eigenen Schlüsse aus den widerstreitenden Interpretationen der deutschen Geschichte zu ziehen. Dabei stellen die Leser vielleicht fest, dass diese Quellen die Bedeutung der Bismarckzeit als eine Epoche des Übergangs bestätigen – in der die Deutschen ausloteten, wie Tradition und Wandel am besten in Einklang zu bringen seien – *und* als einen Zeitabschnitt, dessen Erforschung für sich allein schon lohnenswert ist.

[Weiterführende Literatur \(Allgemeine Literatur\)](#)

1. Demographische und ökonomische Entwicklung

Bevölkerungswachstum, Migration und Berufsstruktur. Sobald man einzuschätzen versucht, weshalb die materiellen Bedingungen für viele Deutsche sich verbesserten und das Leben dennoch unsicherer wurde, sieht man sich einem Paradox gegenüber. Obwohl die wirtschaftlichen Möglichkeiten zunahmen und die Ausrüstungsgegenstände der modernen Technik sich in den Arbeitsstätten und Haushalten gleichermaßen ausbreiteten, zeitigten solche Veränderungen oft unwillkommene Folgen: erzwungene Migration vom Land in die unvertrauten Städte, ungesicherte Arbeitsplätze in dem Maße, wie verschiedene Berufssparten einen raschen Auf- und Abschwung erlebten, steigende Lebenshaltungskosten trotz Erhöhungen der Nominallohne (D9) und der Verlust traditioneller Wurzeln, die auf diese oder andere Weise mit

kleineren Lebenswelten in Zusammenhang standen. Deutschland erlebte auch in den Abschnitten vor und nach der Bismarckzeit eine rasche Urbanisierung. Doch das Wachstum der Städte und die einhergehende zahlenmäßige Abnahme der Deutschen mit Wohnsitz in ländlichen Gemeinden – jenen mit weniger als 2000 Einwohnern – ist in den 1870er und 1880er Jahren besonders ausgeprägt. Während 1871 nahezu zwei Drittel der Bevölkerung in solchen Landgemeinden lebten, traf dies 1895 nur noch auf weniger als die Hälfte zu. Die extremen Disparitäten bei den Bevölkerungsverschiebungen und den städtischen Wachstumsraten quer durch Deutschland lassen sich unmöglich übersehen (D1, D2, D3, D4, B1, B3, B4). Ohne die andauernde Auswanderung nach Amerika und zu anderen Zielorten wäre das Bevölkerungswachstum noch dramatischer ausgefallen. Trotzdem erschien es damals sicherlich folgenschwer. Als das Problem des „Pauperismus“ aus den 1840er Jahren sich zur „sozialen Frage“ der 1860er Jahre entwickelte, resultierte die Überbevölkerung in Berlin und anderen Großstädten in verwastrten „Mietskasernen“ (B2), welche die Kehrseite der Bewegungsfreiheit verkörperten.

Die Forschung vertrat früher die Auffassung, ein Großteil der Bismarckzeit habe unter einer großen Depression (1873-1896) gelitten. Diese „große Depression“ ist mittlerweile als ein Mythos entlarvt worden. Die 1870er und 1880er Jahre umfassten kürzere Hochkonjunktur- und Rezessionsphasen; um die kumulativen Auswirkungen Letzterer zu beschreiben, verwenden einige Historiker den Begriff „große Deflation“. Zudem erlitten manche Branchen schwerere Konjunkturreinbrüche als andere. Nichtsdestoweniger setzte sich die Expansion der deutschen Wirtschaft im Großen und Ganzen fort. Ein solch langfristiges Wachstum war für die in diesen bewegten Jahrzehnten lebenden Deutschen nur schwer wahrzunehmen. Selbst kurze Einbrüche ihrer jeweiligen Berufssparte oder ihrer lokalen Arbeitsstätte konnten verheerende Folgen für das Familieneinkommen haben, besonders wenn sie durch Krankheit bzw. den Tod des Hauptverdieners oder verringertes Einkommen aufgrund zeitweiliger Arbeitslosigkeit oder Streiks verschlimmert wurden. Es lassen sich Zeiträume feststellen, in denen die Wirtschaft allgemein gut abschnitt: bei den Jahren 1866 bis 1873 und den frühen 1880er Jahren handelte es sich um solche Phasen, und die „Gründerzeit“ war von einem starken Aufschwung gekennzeichnet. Jenem Aufschwung folgte allerdings nach 1873 ein Abschwung, der viele Deutsche davon überzeugte, dass das kapitalistische System funktionsgestört sei (siehe Kapitel 3). Es spricht in der Tat einiges für die von Hans Rosenberg in den 1940er Jahren vorgebrachte These, dass sozioökonomische Verlagerungen und Ängste die radikalen politischen Bewegungen formten, die im Zeitraum von 1873 bis 1896 in den Vordergrund traten. In krasserm

Gegensatz zu den 1850er und 1860er Jahren einerseits und der Periode breiter gefächerter und nachhaltiger Prosperität zwischen 1896 und 1913 andererseits *empfanden* die Deutschen, dass sie in den 1870er und 1880er Jahren beispiellos schlimme Zeiten durchlebten. Jenes Gefühl der Not trug zu ihrer wachsenden Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in der zweiten Hälfte von Bismarcks Amtszeit bei.

Landwirtschaft, Industrie, Handel. Nach Mitte der 1870er Jahre erlebte die deutsche Landwirtschaft zunehmende Konkurrenz durch ausländische Erzeuger. Beispielsweise konnte nun Getreide aus den kanadischen Prärien, aus Australien und Russland den deutschen Markt zu Preisen erreichen, der die ostpreußischen Großgrundbesitzer in Schulden und über den Rand des Bankrotts stürzte. Trotzdem steuerten technische Neuerungen wie die Einführung der dampfbetriebenen Dreschmaschinen auf dem Land (B5, B6) insgesamt zu Produktivitätssteigerungen im deutschen Ackerbau bei. Gewiss übertrafen die Zuwachsraten in Bergbau, Industrie und Handel jene der deutschen Landwirtschaft, besonders ab der zweiten Hälfte der 1870er Jahre. Doch sollte man darauf achten, das Tempo des Übergangs in Deutschland von einem Agrar- zu einem Industriestaat nicht zu übertreiben (als Wendepunkt wird normalerweise die Zeit um 1900 betrachtet). Wie Klaus Bade argumentiert hat, ist es sinnvoller, von einem allmählichen Wandel von einem Agrarstaat mit starkem Industriesektor (besonders in der Bismarckzeit) zu einem Industriestaat mit starkem Landwirtschaftssektor nach der Jahrhundertwende zu sprechen (D5, D6).

Im ersten hier behandelten Jahrzehnt lag der Antrieb der deutschen Industrialisierung noch immer im Eisenbahnbau sowie dem großangelegten Bergbau, den Eisenwalzbetrieben und anderen Industriezweigen, die ihn aufrechterhielten (D7, D8). Kleine Werkstätten bestanden weiterhin, wenngleich in den frühen 1860er Jahren die Sonderrechte der Zünfte in den meisten deutschen Staaten mit Gesetzen zur Gewerbefreiheit gebrochen worden waren (D10, B7). Riesige Fabriken, die man mit dem Zeitalter des Hochkapitalismus verbindet, gab es in den 1870er Jahren noch selten. Im Jahr 1882 hatten über die Hälfte aller Industriebetriebe eine Belegschaft von nicht mehr als fünf Arbeitern (B8). Nichtsdestotrotz veränderten seit den 1880er Jahren technische Innovationen das Erscheinungsbild der Industrieproduktion: Nun lenkten Präzisionsmaschinen, Stahl, Werkzeugbau und – ein wenig später – die Entstehung der petrochemischen und Elektroindustrie die deutsche Wirtschaft in neue Bahnen. Auch das Handels- und Bankwesen expandierte in diesen Jahren außerordentlich. Die Dokumente und Bilder in diesem Abschnitt beschreiben die Einführung von Gasmotoren (D11), Veränderungen

in der Bauindustrie (D12), den Übergang von Pferdebahnen zu elektrischen Straßenbahnen (D14, D15) und die Einführung von elektrischer Beleuchtung, Telefonen und Autos (D16, D17, B10, B11, B12). Solche Fortschritte im Verkehr und in der städtischen Infrastruktur trugen zum weiteren Wachstum der Städte bei: Arbeiter konnten nun weiter entfernt von den Stadtzentren leben und dennoch mit öffentlichen Verkehrsmitteln rasch zu und von ihren Arbeitsschichten fahren. Sie nährten zudem eine erkennbare Konsumkultur, die Industrie, Handel und Alltagsleben enger zusammenrücken ließ. Werbeleute priesen und gewöhnliche Deutsche bestaunten seit Ende der 1880er Jahre jene modernen Annehmlichkeiten, die ihr Alltagsleben verändert hatten (B10, B11). Wissenschaftler, Erfinder und Forscher glaubten, das Zeitalter der Entdeckungen verwirkliche sich durch deutsches Wissen (B14, B15), und Dichter schrieben Lobeshymnen auf den technischen Fortschritt (D18).

[Weiterführende Literatur \(Kap. 1\)](#)

2. Gesellschaft

Stadt und Land. Wie die „deutsche Landwirtschaft“, so ist auch das „ländliche Deutschland“ eine Abstraktion, die sich nicht aufrechterhalten lässt. Die Lebensweise eines Gutsbesitzers oder eines Tagelöhners auf einem der riesigen getreideanbauenden Gutshöfe in Ostpreußen, die einem Junker gehörten, hatte wenig gemein mit der eines armen Viehzüchters oder Winzers, die sich auf einer winzigen Parzelle im südwestlichen Bundesstaat Baden mühsam durchzuschlagen versuchten. Diese Gruppen profitierten in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise von der Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft, zu der die Einführung neuer landwirtschaftlicher Methoden, des Kunstdüngers und der Mechanisierung zählten. Daher verdient die zunehmende Vielfalt, nicht die Einheitlichkeit der ländlichen Gesellschaft Hervorhebung. Jene Vielfalt erklärt, weshalb Deutsche aus einigen Regionen mit den Füßen abstimmten, ihr unbefriedigendes Leben auf dem Land hinter sich ließen und in die Großstädte zogen. Sie bestimmte auch die lokale Färbung persönlicher Betrachtungen, die während und nach solchen Wanderschaften niedergeschrieben wurden (D1, D2, D3, B1, B2). Jene Betrachtungen wurden gestützt durch Statistiken, die sich auf eine zunehmende Zahl sozialwissenschaftlicher Studien zum ländlichen und städtischen Leben in diesen Jahren beziehen, und sie legen ein hohes Maß an gegenseitiger Durchdringung von Stadt und Land nahe. Die Urbanisierung dessen, was zuvor ein winziges Dorf bei Lübeck gewesen war (D2),

veranschaulicht die desorientierende Wirkung, die Mobilität, Maschinen und Märkte auf das ländliche Deutschland hatten.

Klassenbeziehungen und Lebensweisen. Ein Ansatz, um die Auswirkungen dieser gegenseitigen Durchdringung von Stadt und Land einzuschätzen, besteht darin, die neuen Verfahren zu bedenken, mit denen Zeit und Raum gemessen wurden. In den ländlichen Gebieten bestimmte größtenteils noch immer der Rhythmus von Sonne und Jahreszeiten die produktiven und sozialen Aktivitäten. Doch Bauern und Gaststättenbesitzer mussten die Zugfahrpläne und Schichteinteilungen kennen, wenn sie Kunden bedienen wollten, die jenseits des dörflichen Horizonts lebten. Hochzeitsbräuche und Bestattungsriten (D1, D49) auf dem Lande scheinen noch immer nach einer althergebrachten Uhr stattgefunden zu haben – die für junge Stadtbewohner, die in ein Tanzlokal oder eine internationale Kunstaussstellung eilten, zu langsam lief. Die einfachen Mahlzeiten und spartanischen Innenräume ländlicher Hütten erscheinen Welten entfernt von den Lebensmittelbudgets und Innenausstattungen bürgerlicher Haushalte in den Städten (D13, D14, D50, D51, D52, D53, D54, D55). Doch den Schein zu wahren erforderte soziale Strategien, die nicht nur veränderlich und unklar, sondern sowohl auf dem Lande als auch in den Städten den Eingriffen „äußerer“ Kräfte unterworfen waren. Zu solchen Kräften zählten der Staat in seinen lokalen, regionalen und nationalen Ausformungen; Rechtsanwälte, Politiker und Sozialtheoretiker sowie Unternehmer, Konsumenten und andere Kreise, für die eine Kommerzialisierung vorrangig war. Während Eltern hofften, dass ihre Kinder Erfolg haben und von ihrem eigenen Verzicht profitieren würden, und in dem Maße, wie die neue Bedeutung von Reichtum – sowohl realem als auch symbolischem – allmählich die Grenzen zwischen den Ständen verwischte, kamen die Konturen einer neuen Klassengesellschaft allmählich in Sicht.

Wehmut über das Verschwinden der Stände und gemischte Gefühle gegenüber der neuen Bedeutung von Klassenbeziehungen lassen sich in zeitgenössischen Bildern erkennen. Sie dokumentieren die Entfernungen in Zeit und Raum, die das Mittagessen eines Wanderarbeiters in Thüringen (B1) von einem sonntäglichen Spaziergang für Großbürger auf Dresdens berühmter Brühlscher Terrasse (dem „Balkon Europas“) (B2) trennten. Satirische Zeitschriften machten sich lustig über die neuen Präentionen, die offenkundig wurden, als diese Klassenunterschiede sich vergrößerten. Sie merkten beispielsweise an, dass die Behauptungen, „das Volk“ zu vertreten, häufig ausgerechnet von den privilegiertesten und am engsten begrenzten Eliten vorgebracht wurden (B3). Die Jagd nach Orden und Titeln beseelte

auch weiterhin Bürger, die erpicht darauf waren, mit Höflingen und den Reichsten zu verkehren (D4, D5, B4, B5). Und erfolgreiche Industrielle wie Alfred Krupp und Carl von Stumm taten ihr Möglichstes, um die Hierarchien des Ranges und der Autorität (D7, D8, D11, D12) in das Gefüge der Arbeitsverhältnisse im Unternehmen zu übernehmen. Bankiers, Rechtsanwälte, Professoren und andere Mitglieder des Besitz- und Bildungsbürgertums stimmten zusätzlich in das Geschrei nach sozialem Prestige ein (D9, D10, D13, D14, B4, B5, B7, B9). Diese neuerdings erwerbssüchtige Gesellschaft entsetzte den Romanschriftsteller Theodor Fontane (D6, B6), der sich über das Paradox äußerte, dass die Allgegenwart des Prestigestrebens und der Kunst, den anderen immer eine Nasenlänge voraus zu sein, in Wahrheit einen nivellierenden Effekt auf die Gesellschaft als Ganzes hätte.

Zu den weiteren ausgleichenden Einflüssen zählten ein nahezu umfassender Alphabetisierungsgrad, der Aufstieg einer Massenpresse, der verbesserte Zugang der bürgerlichen Jugend zu höheren Schulen, Universitäten und technischen Hochschulen, die Allgegenwart der Konsumkultur und die allgemeine Zunahme im Verhältnis der Familieneinkünfte, die (nach Begleichung der Kosten für unentbehrliche Lebensmittel, Bekleidung und Unterkunft) für beliebige Ausgaben verfügbar waren. Für die Arbeiterklasse stieg dieser Anteil von etwa 40 Prozent der Familieneinkünfte in den 1870er Jahren auf 55 Prozent in den 1890er Jahren. Unter den nivellierenden Einflüssen wurde Bildung mit der Zeit als die bedeutendste Möglichkeit betrachtet, die einem Aufstieg entgegenstehenden Hindernisse in städtischen ebenso wie ländlichen Gebieten zu überwinden. Auch neue Verkehrs- und Kommunikationsmittel trugen Unzufriedenheit von einem Bereich in den anderen und boten Aussicht auf ein Entkommen, wenn diese Unzufriedenheit nicht mehr zu ertragen war. Über einen längeren Zeitraum und mit großen Abweichungen unter den Regionen lockerten sich oder verschwanden die sozialen und institutionellen Einschränkungen, die das Leben für die meisten Deutschen vor 1866 hart, beschwerlich und kurz gemacht hatten. Das Niveau der in den 1870er Jahren erreichten geographischen und sozialen Mobilität deutete darauf hin, dass es keine Umkehr gab von einer dynamischen Gesellschaft, die den Revolutionären von 1848/49 noch weit entfernt erschienen war.

Arbeitsbedingungen. Dieser Abschnitt beleuchtet die Auswirkungen der sich verändernden kapitalistischen Produktionsverfahren in den 1870er und 1880er Jahren (B12, B14, B15). Einerseits waren Handwerker und andere Angehörige des Mittelstands in schwerer Bedrängnis, auch nur die Reste des „goldenen Zeitalters“ zu wahren, von dem sie – fälschlicherweise –

behaupteten, es habe ihre Arbeitsbedingungen und Lebensweise vor der Reichseinigung beschrieben (D15, D16, D17, B16, B17). Andererseits erzeugten das Fortschreiten der Industrialisierung und die Ausweitung der Geschäfts- und Konsumkultur neue Möglichkeiten für soziale Gruppen wie die Verkaufsangestellten (D18). Die Betrachtung beider Gruppen erinnert daran, dass die Industrialisierung immer Gewinner und Verlierer hervorbringt. Die Berichte von Flachsbauern in der Lüneburger Heide und Landarbeitern in Mecklenburg oder Pommern (D19, D20, D21) lassen, ähnlich wie jene, die hierarchische Abstufungen bei der Arbeiterschaft in einer Stahlfabrik oder Arbeitskämpfe in Hamburg beschreiben (D26, D28), darauf schließen, dass selbst innerhalb scheinbar monolithischer Berufe eine komplexe Schichtung von Arbeitsaufgaben und sozialer Rangordnung erkennbar war (B13). Jene Schichtung verblüffte häufig Sozialwissenschaftler (D51, D52, D53, D54), die herauszufinden versuchten, weshalb die Ausgaben und Lebensweise der deutschen Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum so stark variierten – und dies trotz des allgemeinen Drucks, die Familie mit den lebenswichtigen Gütern zu versorgen und gleichzeitig ein paar Pfennige als Notabsicherung bei Verletzung, Arbeitslosigkeit, Altersgebrechlichkeit oder anderen Lebensrisiken zu sparen (D46, D47, D48, B23). Ihre Studien lieferten oft mehrdeutige Antworten oder erhielten Mythen über die ungesunde und „unvernünftige“ Lebensweise der Arbeiter aufrecht. Doch für Historiker ist es erfreulich, dass Umfrageforscher und Fotografen über die Türschwellen so vieler Haushalte traten, denn ihre Arbeit liefert einen Einblick in das häusliche Leben von Deutschen, die kein anderes Zeugnis ihrer Alltagsbeschäftigungen hinterließen.

Geschlechterbeziehungen. Nach vielversprechenden Ansätzen 1848/49 und Mitte der 1860er Jahre machten sowohl die Frauen aus dem Bürgertum als auch die Frauenbewegungen aus der Arbeiterklasse ziemlich geringe Fortschritte in den 1870er und 1880er Jahren. Das Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei in den 1890er Jahren und das Infragestellen bürgerlicher Werte, welche die philosophischen und künstlerischen Bewegungen des *Fin de Siècle* begleiteten, waren Voraussetzungen für erfolgreichere Forderungen nach Frauenrechten. Doch die Bismarckzeit war alles andere als frei von Kommentaren zur Doppelmoral, die damals die Geschlechterbeziehungen charakterisierte (D29, D30). Nicht nur Literaturwissenschaftler, Künstler und Fotografen (D29, B16, B17, B18), sondern auch Aktivisten und Sozialwissenschaftler mit weit auseinandergehenden Absichten legten jede Menge Analysen der „Frauenfrage“ vor. Solche Analysen dokumentierten die sexuelle Ausbeutung von Frauen inner- und außerhalb des Arbeitsplatzes (D22, D23), die soziale Herkunft der Eltern unehelicher oder vaterloser Kinder (D31, D32, D48), die staatliche Überwachung von Prostituierten (D33,

D34, D35) und die vielen Einschränkungen, die der Handlungsfreiheit der Frauen auferlegt wurden – deren Fähigkeit, ihr Eigentum in der Ehe zu schützen, sich innerhalb oder außerhalb der Familie weitere Rechte vor dem Gesetz zu sichern oder am Vereinsleben und an der Politik teilzunehmen.

Geschlechterspezifische Rollen kennzeichneten nahezu jedes Arbeitsumfeld, von der Straßenreinigung in München über Hausangestelltendienste in Berlin bis zu Fabrikarbeit im Ruhrgebiet (B11, B15, B16, B17). Allmählich kam die Kampagne zur Verbesserung der Bildungschancen für Frauen in Schwung, durch Handels- oder Berufsschulen für Frauen (D41, D42) und durch die lobbyistischen Anstrengungen, konservative Auffassungen bezüglich der für die Fähigkeiten von Frauen „geeigneten“ Berufe zu überwinden (D43, B19, B20). In dieser Kampagne ragt Hedwig Dohm heraus, weil sie überzeugende und schlagkräftige Argumente vorbrachte, nicht nur für mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, sondern auch für das Frauenwahlrecht (D39, D40). Zu einer Zeit, als die Sozialdemokratische Partei unter staatlicher Repression litt, schrieben auch Clara Zetkin und August Bebel bahnbrechende und nicht weniger leidenschaftliche Kritiken an der Ungleichheit der Geschlechter (D44, D45, B19, B20, B21). Diese Schriften und Ideen wurden in bürgerlichen Lesekreisen und Diskussionsgruppen sowie in Versammlungen aufgenommen, die weibliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei organisierten (B22). Andere Berichte beschreiben die angebliche Sexualmoral von Arbeiterfrauen (D36, D37), die Auswirkungen sozialistischer Aktivitäten auf Arbeitererehen (D38) und – weiter oben auf der Gesellschaftsleiter – die Arten von Familienrollen und Freizeitbeschäftigungen, die man für bürgerliche und adlige Frauen als angemessen erachtete (D55, B23, B24, B25).

[Weiterführende Literatur \(Kap. 2\)](#)

3. Kultur

Kunstbewegungen und Individualismus. Hermann Muthesius, ein früherer Pionier des deutschen Modernismus in der Architektur, nannte das 19. Jahrhundert einmal das „unkünstlerische Jahrhundert“. Es mag zutreffen, dass der deutsche Realismus weniger schöpferische Durchbrüche hervorbrachte als die Romantik der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder der Expressionismus der Wilhelminischen Zeit. Die Malerei des Realismus griff häufiger auf die Konventionalität des Biedermeier zurück als auf die Rebellion der Romantik.

Nichtsdestoweniger veranschaulichen die in diesem Abschnitt enthaltenen Bilder und Texte, dass Deutschlands kulturelle Institutionen regional verstreut und immun gegenüber der Kontrolle von oben blieben. Künstler suchten, aber fanden nie eine charakteristische, in sich geschlossene Form der „deutschen“ Kunst, die als Spiegelbild der politischen „Einheit“ des Nationalstaats nach 1871 dienen konnte.

Deutschlands Bundesstaaten (und Gemeinden) setzten ihre eigene Kulturpolitik fest, um den „Publikumsgeschmack“ auszudrücken und zu wahren. Diese politischen Maßnahmen wurden nach 1890 noch bedeutender, als Sex-, Kriminal- und Abenteuer geschichten eine Sittlichkeitsbewegung auf den Plan riefen – was in Bismarcks Deutschland kaum notwendig gewesen war. Im Gegensatz zu Frankreich mit seiner unumstrittenen Kulturhauptstadt Paris konnte Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts viele künstlerische Schaffenszentren vorweisen statt eines allein maßgeblichen. Dresden und München lagen an der Spitze, doch die neue politische Hauptstadt Berlin machte sich allmählich ebenfalls einen Namen als Kulturzentrum. Behinderte das Fehlen eines einmaligen Mittelpunkts des künstlerischen Schaffens auch die Entwicklung eines in sich geschlossenen deutschen Stils, so sorgte es doch für eine Vielfalt, die den persönlichen Eigenarten einzelner Künstler Platz bot. Einige Kunstschaaffende verließen selbst diese Kunstzentren und entwickelten einen leichteren Stil der Freilichtmalerei („*Pleinair*“) (B25, B27). Andere folgten den Bauern in winzige Hütten auf dem Land und in rustikale Gasthäuser, um sie in ihrem Alltagsumfeld zu malen (B21, B22, B23).

Die allmähliche Herausbildung eines nationalen Kunstmarktes, der rasche Anstieg von Zeitschriften- und Zeitungsauflagen, die zunehmende Zahl illustrierter Bücher, Buchreihen und Leihbüchereien (D14, D15, D16, B32, B33), neue Anstrengungen, Museen und Konzertsäle der bürgerlichen Öffentlichkeit zugänglicher zu machen (D10, B17, B18) und die Veranstaltung nationaler oder internationaler Kunstausstellungen (B15, B16) übten schließlich eine homogenisierende Wirkung auf die deutsche Kultur aus. Es erwies sich trotzdem als unmöglich, erkennbar „nationale“ Normen dessen zu formulieren, geschweige denn anzuordnen, was gute deutsche Kunst ausmachte. Lange vor 1890 suchten deutsche Künstler neue Wege, der tieferen kulturellen Bedeutung der politischen Einigung (D1, D2, D5), des Industriekapitalismus (B20, B38) und der Entfremdung von bürgerlichen Konventionen (D6, B29, B30, B31) Ausdruck zu verleihen. Während sie in den Romanen des kaiserlichen Berlin besonders augenfällig waren, wurden diese Fragen in allen Kunstgattungen behandelt.

Daher wäre es unzutreffend zu sagen, dass entweder Selbstzufriedenheit oder Konformismus die Kreativität von Individuen prägte, die wie Adolph Menzel und Friedrich Nietzsche während ihres gesamten Werdegangs aus der Reihe tanzten, oder die, wie Max Liebermann und Gerhart Hauptmann, sich den „feierlichen“ Kern der offiziellen Hofkultur dadurch aneigneten, dass sie neue Themen und neue Stile feierten. Viele Künstler, deren Werke in diesem Kapitel vorkommen – Fritz von Uhde, Hans Marées, Wilhelm Leibl, Arnold Böcklin und andere – leisteten die Vorarbeit für die Sezessionsbewegungen, die in Dresden und München nach 1890 entstanden. Doch wie man sieht, wenn man die Reaktionen auf zwei deutsche Einigungen (1870/71 und 1989/90) vergleicht, fanden kulturelle Angstgefühle über die Dauerhaftigkeit grundlegender sozialer Werte Ausdruck in der Presse, Malerei und auf der Bühne, selbst als die siegreichen Truppen 1871 durch das Brandenburger Tor marschierten (der entsprechende Moment im Oktober 1989 mag der inzwischen berühmte Wangenkuss sein, der sich ereignete, als Michail Gorbatschow und Erich Honecker den 40. Jahrestag der Gründung der DDR feierten, während gleichzeitig die Legitimation des ostdeutschen Staates im Volk bröckelte).

Musik, Dichtung und Prosa. Die Entstehung des Deutschen Kaiserreichs wurde durch ein Requiem vorweggenommen. Johannes Brahms' *Ein Deutsches Requiem* (Opus 45), das 1868 vollendet wurde, war ein Monument im Werk des Komponisten (D21). Es schien die bevorstehenden großen nationalen Ereignisse vorauszuahnen, indem es die Zeilen aus Korinther I, 15 übernimmt: „[. . .] Wir werden nicht alle entschlafen, wir werden aber alle verwandelt werden; und das plötzlich, in einem Augenblick, zu der Zeit der letzten Posaune. Denn es wird die Posaune erschallen, und die Toten werden auferstehen unverweslich, und wir werden verwandelt werden.“ Anders als Heinrich Hoffmann von Fallerslebens *Gründerlieder* (D23), welche die Ambitionen der Spekulanten Anfang der 1870er Jahre verspotteten (D17), erzeugte Brahms' *Requiem* eine tiefere Resonanz, eine breitere Reflexion über die Einigungsleistung – mit Sicherheit tiefer als die Strophen der *Wacht am Rhein*, die deutsche Soldaten bei ihrem Marsch an die Front im Sommer 1870 anstimmten (D22). Ebenso lässt sich der letzten großen Oper Richard Wagners, die im ersten Jahrzehnt des Deutschen Reichs erstmals auf die Bühne kam, kaum mangelnde Resonanz nachsagen. Als Wagners Ringzyklus 1876 in Bayreuth uraufgeführt wurde, stellte er den Höhepunkt in der Suche des Komponisten nach einem „Gesamtkunstwerk“ (D24, B39) dar, das erhaben und einzigartig genug war, um sowohl dem altertümlichen als auch dem modernen Deutschland gerecht zu werden. Danach sollte die deutsche Musik, ob zum Schaden oder Nutzen, nie mehr so sein wie zuvor,

gleichwohl fand Theodor Fontane vertraulich gute Gründe, auf eine Aufführung von Wagners *Parsifal* zu verzichten (D25).

Relativ wenige Lyriker und Prosaschriftsteller dieses Zeitalters machten sich in der deutschen Literatur einen bleibenden Namen. Die bedeutendste Ausnahme ist der Gigant des deutschen literarischen Realismus, Theodor Fontane, dessen Roman *Der Stechlin* in Kapitel 7 in Auszügen wiedergegeben ist. *Der Stechlin* leistet drei Dinge auf einmal: Er fängt den Geist und Ton anderer Literaturwerke dieser Epoche ein, beschreibt mit trockenem Humor den Ablauf einer lokalen Wahlkampagne in der preußischen Provinz und vermittelt Fontanes typische Mischung aus Bewunderung für Preußens reiches Erbe und seine Sorge, dass die deutsche Gesellschaft ihren moralischen Kompass verloren hatte (D8). Dieselbe Sorge findet sich in anderen Quellen, die zusammen betrachtet ebenfalls ein gegensätzliches Meinungsspektrum ergeben: festliche Gedichte und satirische Karikaturen (D1, B34, B35, B36, B37), allegorische Wandgemälde und Brettspiele für Kinder (B2, B5), monumentale Baukunst und kitschige Festzüge (B3, B6), Stellungnahmen zur damaligen Stimmung aus dem In- und Ausland (D3, B7), Innenansichten der deutschen Sprache und Grammatik (D12, D13) und Bemühungen, eine kulturell gebildete Öffentlichkeit zu fördern und gleichzeitig die Leistungen der Avantgarde zu feiern (D10, D11). Die Vielfalt der Arten, auf die der deutsche Kulturbetrieb dieser Jahre sowohl den Stolz auf die nationale Leistung als auch die Bedenken hinsichtlich ihrer zukünftigen Konsequenzen widerspiegelt, lässt sich kaum überbetonen. Die Eröffnung einer Nationalgalerie in Berlin 1876 mag zwar nicht die erhoffte Chance geboten haben, in einem einzigen Tempel die Mannigfaltigkeit kultureller Ausdrucksformen unter Bismarck zu versammeln. Die erste Erwerbung der Galerie, Adolph Menzels *Eisenwalzwerk* (B20), verdeutlicht allerdings die Torheit, das neue Deutschland als „unkünstlerisch“ abzustempeln und es einfach dabei zu belassen.

[Weiterführende Literatur \(Kap. 3\)](#)

4. Religion, Bildung, Sozialwesen

Protestanten und Katholiken. Historiker neigten früher zu der Argumentation, dass religiöse Bindungen angesichts von Modernisierungstrends, wie sie in den ersten drei Kapiteln dieses Bandes aufgezeichnet worden sind (Bevölkerungsexplosion, Verstädterung, Industrialisierung, Aufstieg einer selbstbewussten Arbeiterklasse, Vergötterung von Wissenschaft und Technik,

Kulturpessimismus) unweigerlich schwinden. In ähnlicher Weise implizieren Historiker, wenn sie feststellen, die Modernisierung habe den traditionellen Kirchturmhorizont überwunden, die Religion sei von anderen strukturgebenden Kategorien wie Klasse, Geschlecht und Ideologie abgelöst worden. Doch während des Kaiserreichs wurde Religion nicht in dieser Weise irrelevant (B1, B2). Ganz im Gegenteil: die Religion formte weiterhin die Anschauungen der Deutschen so, wie sie dies jahrhundertlang getan hatte, während sie gleichzeitig den Anstoß für bedeutende Neuorientierungen auf nationaler Ebene gab.

Darunter war der *Kulturkampf* zwischen dem deutschen Staat und der katholischen Kirche am Bedeutendsten. Den *Kulturkampf* hatte Bismarck nicht aus dem Nichts heraufbeschworen; er nährte sich aus der Entschlossenheit der protestantischen Liberalen, den von ihnen als archaisch und gefährlich betrachteten Einfluss der römisch-katholischen Hierarchie im Allgemeinen und die Autorität des Papstes im Besonderen zu brechen (D2, D4, B6, B7, B8, B9). Da der Papst, die katholischen Priester und die Parteiführer, die die Rechte der Katholiken verteidigten, von Bismarck und den Liberalen zu „Reichsfeinden“ erklärt wurden, sind die meisten Dokumente, die den Verlauf und die Folgen des *Kulturkampfes* genauer beleuchten, in Kapitel 7 enthalten, in dem auch weitere staatliche Diskriminierungskampagnen gegen Minderheiten berücksichtigt werden. Doch dieser Konflikt war kultureller Art: Er kann nicht auf seine rein konfessionellen oder parteipolitischen Dimensionen verkürzt werden. Beruhend auf der enormen Zunahme der Volksfrömmigkeit in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte lieferte die Religion auch weiterhin einen Filter, durch den die überwältigende Mehrheit der Deutschen die materiellen Umstände ihres Lebens und den „christlichen Staat“ betrachteten und von dem sie Orientierung erwartete (D1, D3, B4, B5). Somit half die Religion, den Diskurs über die Rolle der Frau in der Gesellschaft, die richtigen Praktiken und legitimen Zielgruppen wohlthätiger Werke, den Umfang der Sozialreform und die rechtmäßigen Grenzen der Zensur zu formen.

Jüdisches Leben und die Zunahme des politischen Antisemitismus. Juden wurden ebenso wie Katholiken zur Zielscheibe von Nationalisten, die von der Notwendigkeit besessen waren, einen konfessionell homogenen Nationalstaat zu schaffen und zu verteidigen. Die 1870er Jahre waren nicht nur das Jahrzehnt, in dem das Vereinsleben zur Unterstützung der konfessionellen Ziele von Protestanten und Katholiken sich rasch ausweitete, sondern auch das Jahrzehnt, in dem eine angebliche jüdische Bedrohung für die junge deutsche Nation Antisemiten mit Wort und Tat mobilisierte. Ein Anstoß für die regelrechte Explosion des politischen Antisemitismus ergab

sich aus der Wahrnehmung, dass Juden unverhältnismäßig stark von den mit der Gründerzeit verbundenen Skandalen profitiert hatten. Die Propaganda, mit der die Botschaft der Antisemiten in jeden Winkel des Landes getragen wurde, ging zurück auf jahrhundertealte Stereotypen und Unwahrheiten über Juden, zum Beispiel ihre angebliche Neigung zur Wucherei und die Ritualmordlegende. Doch ein weiterer Grund für die Antipathie gegen Juden ist in der Unsicherheit der Deutschen darüber zu erkennen, ob die Grenzen ihrer Nation klar genug bestimmt waren, um den Herausforderungen einer prekären Lage in Europa und dem internationalen, ja globalen Wirkungskreis wirtschaftlicher und kultureller Netzwerke gewachsen zu sein (B10, B11). In diesem Zusammenhang fiel es besorgten Nationalisten leicht zu behaupten, Deutschland würde nie wirklich geeint sein, bis man den jüdischen „Feind im Inneren“ bezwungen habe.

In offenkundigem Gegensatz zum radikalen Antisemitismus, der auf die Niederlage 1918 folgte, und der staatlich betriebenen Ermordung von sechs Millionen Juden nach 1933, zog der Antisemitismus der Bismarckzeit nicht genug Unterstützung an, um zu weitverbreiteten Gewaltaktionen gegen Juden zu führen. Zudem zerstörte er nicht die Zuversicht der Juden, dass sich Deutschland im Laufe der fortschreitenden Modernisierung zu einer angenehmeren Heimat entwickeln würde. Nichtsdestoweniger bedurfte die Förderung der jüdischen Integration in die deutsche Gesellschaft großer Anstrengungen, wie Emil Lehmanns Kampagne für jüdische Rechte in Sachsen (D6, D14, B15) und die öffentliche Fürsprache angesehener Persönlichkeiten während des „Berliner Antisemitismusstreits“ (D15, B12, B13, B14, B18) nahelegen. Hier aufgenommene Dokumente (D9, D10, D11, D16, D17) liefern erschreckende Beispiele für die Radikalität und Deutlichkeit der Sprache, derer sich antisemitische Führer und Publizisten selbst zu Bismarcks Zeiten bedienten. Sie sprachen davon, die Juden zu ächten, ihre „beherrschende“ Stellung in der deutschen Geschäftswelt, Kultur und Presse zu zerstören, sie ihrer bürgerlichen und politischen Rechte zu berauben, sie aus dem deutschen Staatsgebiet auszuweisen und sogar körperliche Gewalt gegen sie anzustiften (D9, D10, D11, D16, D17, B16, B17, B19).

Reform der staatlichen Schulen und Hochschulwesen. In diesem Zeitraum genoss das deutsche Bildungswesen in aller Welt hohes Ansehen aufgrund seiner hohen Qualität, relativ guten Zugänglichkeit und seinem Beitrag zu hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen. Statistische Überblicke dokumentieren eine noch nie dagewesene zahlenmäßige Zunahme von Schülern in Volksschulen und höheren Schulen sowie der in Deutschland auf Universitätsebene

eingeschriebenen Studenten und der Zahl der Lehrkräfte und Institutionen, bei denen sie diesen Unterricht erhielten (D18, D19, B20, B22). Entscheidend bei der Einschätzung dieser Erfolgsgeschichte ist es, den höchst geschlechterspezifischen Aufbau der Bildungschancen im Auge zu behalten, die deutschen Jugendlichen offen standen, und ebenso die konfessionellen und klassenabhängigen Trennlinien, die den Anspruch ad absurdum führten, die deutsche Bildung sei allgemein zugänglich oder basiere allein auf geistiger Leistung (D23, D24). Nach Berichten aus erster Hand von Kindern und Studenten (D20, D21, D22), bestätigt durch die Erinnerungen ihrer Lehrer (D25), nahm im Lauf der Zeit die Zahl der Kinder ab, die man von der Schule fernhielt, weil sie in der Erntezeit auf dem Feld oder als Boten für Kleinbetriebe gebraucht wurden. Andererseits erhöhte sich der Druck, den Schülern und Studenten „staatstragende“ Werte beizubringen, ausgesprochen. Der von den Leipziger Mitgliedern des Vereins Deutscher Studenten Anfang der 1880er Jahre an den Tag gelegte Ultrationalismus folgte im Kern den Erklärungen Kaiser Wilhelms II. gegen Ende des Jahrzehnts über die zentrale Rolle der Lehrpläne an Schulen als Mittel zum Kampf gegen die „revolutionäre Bedrohung“ durch die Sozialdemokratie (D26, D27). In beiden Fällen wurde die deutsche Jugend als Quelle nationaler Überlebenskraft und Erneuerung angesichts konfessioneller, klassenbedingter und geschlechterspezifischer Bedrohungen betrachtet, denen sich die „ungeprüfte“ Nation gegenüber sah.

Armenfürsorge, staatliches Gesundheitswesen, Sozialversicherung. Religiöse Frömmigkeit trieb karitative Bemühungen an, die Leiden sowohl der ländlichen als auch städtischen Bevölkerung zu lindern. Die deutsche Jugend wurde für dieselben Anstrengungen mobilisiert. Nach der Reichseinigung jedoch, als die Sozialdemokratie immer besser in der Lage war, die Aufmerksamkeit auf das Elend der Ärmsten in der Gesellschaft zu lenken (D31, D33), verdoppelten die Deutschen ihre Bemühungen, die „soziale Frage“ zu lösen. Als Kaiser Wilhelm I. in seiner Thronrede vom November 1881 (D28, B25) die Absicht der Regierung verkündete, ein umfassendes staatliches Kranken-, Unfall-, und Altersversicherungssystem einzuführen (B26), entging es nur wenigen Zeitgenossen, dass dieses beeindruckende Programm das „Zuckerbrot“ darstellte, das die Peitsche begleiten sollte, mit der Bismarck die Sozialdemokratie seit Anfang der 1870er Jahre gezüchtigt hatte. Die Berichte der Armenärzte (D32) und bürgerlicher Sozialreformer (D34, D37, D38, D39) belegen die Unterernährung und andere Notlagen, die Millionen von Arbeiterfamilien plagten (D33). Illustrierte Zeitschriften, Künstler und Sozialdemokraten sorgten dafür, dass die Probleme einer schwachen Gesundheit, des

vorzeitigen Todes und der Lücken im sozialen Sicherheitsnetz im öffentlichen Bewusstsein an die vorderste Stelle rückten (D35, B24, B26, B27, B28).

Der „organisierte Kapitalismus“ und seine Kritiker. Eine unüberbrückbare Kluft trennte Karl Marx' Analyse aus dem Jahr 1867, *Das Kapital* (D36, B29), von der Erklärung Kaiser Wilhelms II. zur „Arbeiterfrage“ im Februar 1890 (D30, B28). Eine ganz andere Rechtfertigung führte Bismarck in den 1880er Jahren für eine Arbeiterunfallversicherung an. Zu dieser Zeit bemühte der Kanzler sich immer noch, dem widerstrebenden, kostenbewussten Reichstag die Bausteine seines Sozialgesetzgebungsprogramms abzurufen. Panikartige Reaktionen auf soziale Krisen (B30) lieferten unterdessen die Kritiker des organisierten Kapitalismus, die für dessen „Funktionsstörungen“ die Juden verantwortlich machten. Man liest die Polemiken verleumderischer Antisemiten (D40, D41) und eines katholischen Reformers (D42) und bekommt den Versuch eines Künstlers zu sehen (B31), die schlimmen persönlichen Schicksale zu beschreiben, die einem Bankenkraus im Jahr 1872 folgten (der am ehesten mit dem Enron-Skandal vergleichbare Fall in Bismarcks Deutschland). Diese Reformer, Schwarzseher und mitfühlenden Beobachter waren alles andere als einhellig in ihren Vorhersagen (D37); tatsächlich ließen ihre Lösungen für die „Seuche“ des Kapitalismus gewöhnlich die existierenden Probleme sogar noch verderblicher erscheinen.

[Weiterführende Literatur \(Kap. 4\)](#)

5. Politik I: Reichsgründung

Die Einigungskriege. Während militärische Angelegenheiten und internationale Beziehungen nach 1871 im nächsten Kapitel behandelt werden, unterstreicht das vorliegende die gegenseitige Durchdringung der Innen- und Außenpolitik bei der Schaffung der deutschen Einheit von 1866 bis 1871. In diesen Jahren verhalfen drei erfolgreiche Kriege Bismarck, König Wilhelm I. und der preußischen Armee zu enormem Ansehen (B1, B3, B12, B13, B20, B30, B31, B32). Die ersten Dokumente in diesem Abschnitt spiegeln dennoch die ungewisse und umstrittene Beschaffenheit der politischen, diplomatischen und konstitutionellen Entwicklungen wider, die schließlich in der Proklamation des Deutschen Reichs im Januar 1871 mündeten. Indem sie diese Abläufe aus Sicht ausländischer Diplomaten, des Durchschnittsbürgers und von Beobachtern präsentieren, die sich weit weg von Berlin aufhielten (D1, D2, D3), zeigen sie, dass nahezu jeder Aspekt der „Reichsgewalt“ ausgehandelt werden musste. Man liest von den

Abmachungen, die Bismarck mit unzähligen Einzelpersonen und Gruppen traf: mit seinem eigenen König und mit Deutschlands Bundesfürsten, die entschlossen waren, in jeder Phase des Einigungsprozesses ihre Traditionen und ihre Unabhängigkeit so umfassend wie möglich zu erhalten (D8, D9, D10); mit den Liberalen in Preußen, die dazu gezwungen waren, die Möglichkeit der gemeinsamen Verfolgung des Doppelzieles von Einheit und Freiheit zu überdenken (B11); mit Helmuth von Moltke, dem Chef des preußischen Generalstabs, der die militärischen Triumphe auf dem Schlachtfeld als Sprungbrett für innenpolitischen Einfluss benutzen wollte (D7, B25); mit ausländischen Mächten, darunter Frankreich, Großbritannien und Russland, die sich besorgt zeigten, dass Preußen nun eine Bedrohung für den internationalen Frieden darstelle (B14, B15, B16); und mit der wachsenden Macht der Presse, die Bismarck eben noch als den meistgehassten Mann in Deutschland charakterisieren konnte und tags darauf als den populärsten (B2).

Die vorliegenden Dokumente und Bilder gewähren auch einen Blick auf die Diskussionen hinter den Kulissen, denen zwei der fesselndsten Momente im Einigungsprozess vorangingen. Der erste war Bismarcks Entscheidung, am 13. Juli 1870 die Emser Depesche zu redigieren. Das Telegramm, hier in seiner ursprünglichen und abgeänderten Fassung gezeigt, ermöglichte es Bismarck, die Franzosen zu einer Kriegserklärung an Preußen aufzustacheln (D4, D5, B17, B18). Das zweite Ereignis war der Hochruf auf den neuen Kaiser im Spiegelsaal des Versailler Schlosses am 18. Januar 1871 – eine berühmte Szene, die Anton von Werner in drei Fassungen malte, jeweils mit unterschiedlicher Perspektive und Absicht (B27, B28, B29). Bilder aus französischen und deutschen Satirezeitschriften helfen bei der Einschätzung des Widerstands gegen die preußische Hegemonie in Mitteleuropa; sie reichen von bildlichen Darstellungen „Wilhelms des Schlächters“ bis zu unzähligen Variationen des preußischen Adlers und der Pickelhaube (B33, B34). Zeitgenössische Zeichnungen und Fotografien stellen auch das gegenteilige Gefühl dar, verkörpert in preußischen Siegesparaden durch die Straßen von Paris und Berlin oder sentimentalen Gemälden, die von der Geschichte des „zwangsläufigen“ Aufstiegs Preußens erzählen (B30, B31, B32, B36). Doch sie lassen einen die Toten und Verwundeten nicht vergessen, deren Aufopferung jene Siege erst ermöglichte.

Die Schaffung eines Verfassungsstaates: Das Streben nach Einheit und Freiheit. Siege auf dem Schlachtfeld und Hochrufe auf den Kaiser reichten nicht aus, um einen funktionierenden Verfassungsstaat zu schaffen. Dieselbe Art von politischen Verhandlungen, die zur Kaiserproklamation führte, setzte sich auch anschließend fort – im Parlament, in der Presse, im

langwierigen Prozess der Kodifizierung von Gesetzen und in den kritischen Überlegungen der Liberalen, die noch immer hofften, dass die nationale Einheit größere bürgerliche und konstitutionelle Freiheiten fördern würde (D25, D26). Beginnend mit der leidenschaftlichen Verteidigungsschrift für den deutschen Föderalismus aus der Feder eines württembergischen Demokraten Mitte der 1860er Jahre – und dann Mitte der 1890er auf subtile Weise aktualisiert (D12) – zeigen die Dokumente in diesem Abschnitt, wie Bismarck und die Liberalen auf einer breiten Basis wirtschaftlicher, rechtlicher und konstitutioneller Reformen zu Gemeinsamkeiten fanden. Die besonders fruchtbaren Gesetzgebungsperioden von 1866-67 und 1871-74 werden hervorgehoben (D14 durchgehend bis D24, B37, B38, B39). Die Leser werden dazu ermutigt, abzuwägen, wo die Betonung liegen sollte, wenn das gesetzgeberische Programm als „Reformkonservatismus“ beschrieben wird – auf Reform oder auf Konservatismus? Dasselbe trifft auf den Begriff „konstitutionelle Monarchie“ zu, der sich anhand von Reichstagsdebatten und der Ikonographie beurteilen lässt (D16, B37), sowie auf „Bundesstaat“, der auf eine Zentralgewalt hindeuten sollte, die nun beim kaiserlichen Staat (im Singular) lag und nicht bei einem Staatenbund, wie er bis 1866 bestanden hatte.

Abwendung vom Liberalismus? Die Betrachtungen der deutschen Linken, herangezogen sowohl aus dem sozialistischen als auch dem liberalen Lager, erhellen die möglichen Marschrichtungen, die für laufende Verfassungsreformen in den 1870er Jahren offen lagen, selbst unter Bismarcks zunehmend autokratischem Regierungsstil (D25, D26, D27, D28, D29, D30). Die Liberalen waren nun in einen linksliberalen und einen nationalliberalen Flügel gespalten, aber ihre zahlreichen Leistungen in diesen Jahren sind nicht von der Hand zu weisen. Ab 1874 lässt sich jedoch eine schrittweise Verengung der Möglichkeiten ausmachen, den Traum eines liberalen Verfassungsstaates mit parlamentarischer Kontrolle über die Exekutivgewalt zu verwirklichen (D31, D32). Bis zur Mitte der 1880er Jahre sah es ganz so aus, als ließe die liberale Uneinigkeit, die wahrgenommene Bedrohung durch den Sozialismus und Bismarcks unanfechtbarer Aufstieg im preußischen Staatsministerium wenig Hoffnung für die Zukunft aufkommen (D33). Eine Zeit lang schien es möglich, dass die bevorstehende Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. Bismarcks Allmacht in der Innenpolitik brechen und die liberalen Geschicke wiederbeleben könnte. Immer mehr Deutsche waren zu der Überzeugung gekommen, dass Bismarck nicht nur, wie Theodor Fontane und andere behaupteten, „ein Despot“, sondern darüber hinaus auch entbehrlich sei (D34, D35). Doch die Oppositionsparteien im Reichstag waren nicht in der Lage, eine gegen Bismarck gerichtete Koalition zu bilden. Das Eindringen von Reichsinstitutionen – und der *Idee* des Reichs – in die

dynastischen Staaten schuf einen weiteren Impetus für die Machtbündelung im Amt des Reichskanzlers und im Symbol des Kaisertums (B40, B41). Als bekannt wurde, dass Friedrich unheilbar an Kehlkopfkrebs erkrankt war, noch bevor er den Thron bestiegen hatte, und als seine Regierung 1888 nur 99 Tage dauerte, realisierten die Liberalen, dass sein Sohn Kaiser Wilhelm II. wohl kaum eine Rückkehr zu einer „liberalen Ära“ unterstützen würde (D36, D37, B45, B46).

[Weiterführende Literatur \(Kap. 5\)](#)

6. Militär und internationale Beziehungen

Verträge und Bündnisse. Das Abkommen von Nikolsburg vom 26. Juli 1866 (D1) beendete effektiv das diplomatische Ringen zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft im deutschsprachigen Mitteleuropa. Vier Jahre später wurde der Sieg der Deutschen über die Franzosen von Benjamin Disraeli als eine Revolution in Europa beschrieben, deren Folgen sich auf jede andere Großmacht auswirkten (D2). Über die folgenden zwei Jahrzehnte war Bismarcks Politik gekennzeichnet durch Vorsicht und die Konsolidierung der deutschen Macht, sowohl im Inneren als auch nach außen. Jene Politik richtete sich nach Kernprinzipien, von denen der Kanzler niemals abrückte. Erstens wollte er Europa und der Welt versichern, dass Deutschland eine „gesättigte“ Nation und dem Frieden verpflichtet sei. Zweitens erforderte sein „Alptraum der Koalitionen“ (D4) – die Angst, zwei oder mehr Großmächte würden sich gegen Deutschland verbünden –, dass er Frankreich diplomatisch isolierte. Zu diesem Zweck ermunterte Bismarck Frankreich, seine Revanchegefühle wegen des Verlustes Elsass-Lothringens auf die koloniale Expansion umzulenken, während er drittens Russland freundschaftlich gegenüber Deutschland halten wollte – oder wenigstens wohlwollend genug, um es vom Beitritt in ein gegnerisches Bündnis abzuhalten (D5, D6, D7, D8, B2, B4, B5, B6). Viertens stützte der Reichskanzler konsequent die Macht und das Ansehen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, mit der Deutschland 1879 ein formales Bündnis einging.

Im Nachhinein neigen Studierende häufig zu der Schlussfolgerung, Bismarcks Bilanz – seine drei erfolgreichen Kriege zwischen 1864 und 1871 und seine Meisterschaft in der Realpolitik – mache ihn uneingeschränkt zu einem „Genie“. Diese Zuschreibung des Genialen scheint auch angebracht zu sein, wenn man Bismarcks Leistungen mit dem vom Auswärtigen Amt nach 1890 verfolgten Zickzackkurs vergleicht, wenn man die Wandlung der deutsch-englischen Rivalität zu

Entfremdung und Feindschaft nach der Entscheidung Kaiser Wilhelms II. in Betracht zieht, eine Schlachtflotte in der Nordsee zu stationieren, und wenn man bedenkt, dass der nicht zu gewinnende Zweifrontenkrieg, mit dem sich Deutschland 1914 konfrontiert sah, die bei weitem größte Bedrohung darstellte, die Bismarck während seiner Amtszeit abwenden konnte. Es mag zutreffen, dass Bismarck der Welt 40 Jahre Frieden verschaffte und ein begnadeter Taktiker der Diplomatie war, als er beispielsweise den ehrlichen Makler beim Berliner Kongress 1878 spielte (B3). Eine solche nachträgliche Einsicht ist allerdings nicht scharfsichtig. Sie lässt die aggressive Expansionspolitik und die furchtbaren menschlichen Opfer außer Acht, die ebenso Teil seiner Realpolitik von 1862 bis 1871 waren. Am Ende seiner Amtsperiode kann man außerdem sowohl Bismarcks Genialität als auch seine langfristigen Ziele in Frage stellen. Insbesondere scheint er die Zugkraft des Nationalismus im In- und Ausland gleichermaßen unterschätzt zu haben. Der Nationalismus untergrub den diplomatischen und militärischen Wert seines einzigen loyalen Verbündeten, Österreich-Ungarn; er schürte auch die rastlose Aggression unter einer jungen Generation, die sich zum Pangermanismus hingezogen fühlte. Bismarcks eigene Politik trug zur begeisterten Aufnahme des mitreißendsten Satzes seiner letzten großen Reichstagsrede im Februar 1888 – „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!“ (B9) – durch die deutsche Öffentlichkeit ebenso bei wie zu deren völliger Missachtung seiner friedlichen Intentionen (D16, D17, B9, B10, B11). Spätestens 1889 war Bismarck bereit, an der innenpolitischen ebenso wie an der diplomatischen Front zuvor inakzeptable Sprünge ins Ungewisse zu wagen, um seine eigene Autorität im Amt zu wahren. Daher sollten die Leser die Vorzüge und Defizite von Bismarcks Außenpolitik aus zweierlei Perspektive betrachten: über die „*longue durée*“ und unter sorgfältiger Beachtung der weit auseinandergehenden Einschätzungen seitens der Zeitgenossen, die sich im Glanz seiner Staatskunst sonnten oder ihren Stachel fühlten.

Das preußische Offizierskorps und der Militarismus. Im Prozess der Reichsgründung wurde das Schwert vom preußischen Heer geführt. Doch unter zeitgenössischen Historikern ist die Rolle des Militarismus im Deutschen Kaiserreich zu einem äußerst umstrittenen Thema geworden. Welche Verbindung beispielsweise soll man eigentlich herstellen zwischen dem preußischen Sieg über Österreich im Juli 1866 und Bismarcks erfolgreichem Durchpeitschen einer Vorlage (D9) im Abgeordnetenhaus lediglich zwei Monate später, die ihm „Indemnität“ für die Missachtung der liberalen Opposition gewährte? Wie die Dokumente und Bilder in diesem Abschnitt nahe legen, war die tiefe Symbolik, von der die Proklamation des Kaiserreichs im Schloss Ludwigs XIV. im Januar 1871 begleitet wurde, keineswegs zufällig. Bei jenem Ereignis

stellten die Insignien der militärischen Macht alles andere so sehr in den Schatten, dass ein preußischer Offizier, als der mit dem offiziellen Gemälde der Szene beauftragte Anton von Werner den Spiegelsaal von Versailles betrat, ausrief, „Was macht denn dieser *Zivilist* hier?“ Doch spiegelten die jährlichen Sedanfeiern (D10) zum Gedenken an die Niederlage Frankreichs einen neuen Chauvinismus unter der deutschen Bevölkerung wider? Oder waren sie bedeutsamer als Anlässe für die örtlichen Gemeinschaften, die sozialen und kulturellen Bande zu feiern, die sie miteinander verbanden? War es dieselbe Gemeinschaftserfahrung, die zu erkennen war, wenn Veteranen der Einigungskriege und andere, die nach 1871 eingezogen worden waren, sich zum Stammtisch in der Dorfgaststätte zusammenfanden und über ihre wahren und ausgedachten Erinnerungen an den Kriegsdienst sprachen? (D11)

Noch strittiger ist die Frage, inwiefern das soziale Ethos des preußischen Offizierskorps die deutsche Gesellschaft durchzog. Diese Debatte dreht sich um die Bedeutung des Begriffs „sozialer Militarismus“, der sich einer klaren Definition entzieht. Man konstatiert die Bedeutung, die sowohl Kaiser Wilhelm I. als auch sein Enkel dem sozialen Ethos der preußischen Offiziere beimaßen (D12, D14). Als dann Wilhelm II. 1888 den Thron bestieg, war es bereits offenkundig, dass der alte preußische Adel die Kontingente gesellschaftlich privilegierter und politisch „zuverlässiger“ Rekruten, die ein modernes Heer benötigte, nicht mehr bereitstellen konnte. Der Kaiser machte aus der Not eine Tugend. Er verfügte, dass ein neuer „Adel der Gesinnung“ den fortwährenden Respekt der deutschen Gesellschaft für das Offizierskorps sicherstellen würde (D13, D15, B7, B8). Obwohl Historiker inzwischen nicht mehr der Auffassung sind, dass die breite Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber der gehobenen Stellung des Militärs eine „Feudalisierung“ des Bürgertums bedeutete, ist diese Frage weiterhin für Diskussionen geeignet.

Kolonialismus. Das kurze Aufwirbeln von Kolonialbestrebungen in Deutschland Mitte der 1880er Jahre stellte die einzige bedeutende Abweichung von Bismarcks Politik der Bewahrung des Status quo in der Außenpolitik nach 1871 dar. Deutschlands Position in Europa zu stärken und es von den potenziellen Erschütterungen durch das internationale Bündnissystem zu „isolieren“, das blieben Bismarcks vorrangige Ziele – dort lag, wie er es einmal formulierte, die Karte Afrikas (B12). Einige Deutsche waren anderer Meinung, darunter Friedrich Fabri, Direktor der Rheinischen Missionsgesellschaft in Barmen. Fabri war davon überzeugt, dass sein Pamphlet aus dem Jahr 1879, *Bedarf Deutschland der Kolonien?* (D18) maßgeblich dazu beitrug, die lautstarken öffentlichen Forderungen nach Kolonien zu entfesseln. Welchen Wert diese

Behauptung auch haben mag, in jedem Fall erlebten die 1880er Jahre ein Anwachsen weithin vernehmbarer kolonialer Interessengruppen und die Reorganisation oder Erweiterung einiger älterer Gesellschaften, die für Auswanderung, Entdeckungsreisen oder Exporthandel eintraten (D20, D21). Fabris Pamphlet und die Agitation dieser Vereine fingen die Stimmung der Deutschen ein, die sich darum sorgten, wie man die Wirtschaft neu beleben, ein Sicherheitsventil für die (empfundene) Überbevölkerung durch Auswanderung schaffen sowie Rohstoffe und Märkte für die deutsche Industrie sichern könnte.

Zwischen 1884 und 1886 folgten den Worten auch Taten, zunächst durch den verwegenen Anspruch, den der Abenteurer Carl Peters (D23) auf Südwestafrika (das heutige Namibia) erhob, und in der Folge durch die Gründung der deutschen Protektorate Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika (Tansania) sowie einer Reihe von Inseln im Südpazifik (B14). Historiker diskutieren weiterhin über die Gründe, weshalb Bismarck dieser kolonialen Inbesitznahme von Territorium zustimmte, da er zuvor nicht gewillt gewesen war, koloniale Erwerbungen in Betracht zu ziehen. Der Kanzler hat womöglich versucht, die kolonialen Besitzungen als Figuren in seiner Schachpartie der internationalen Diplomatie zu benutzen. Er war nicht abgeneigt, Spannungen mit Großbritannien zu schüren (B13), um den Einfluss des Kronprinzen Friedrich und seiner englischen Frau, der Tochter Queen Victorias, zu untergraben. Zumindest für kurze Zeit erkannte er zudem die Breitenwirkung der Kolonien bei Wahlen an. Sein kurzes, zögerndes Aufspringen auf den kolonialen Zug wurde unterstützt von Mitgliedern der rechtsgerichteten Nationalliberalen und Freikonservativen Parteien, deren Kandidaten 1884 einige der Mandate zurückgewannen, die sie in den Reichstagswahlen 1881 an die Linksliberalen verloren hatten. Keine dieser Erklärungen ergibt allerdings Sinn, wenn man nicht den Gedanken aufgibt, Bismarck habe die Kolonialbewegung heraufbeschworen, um seinen machiavellistischen Plänen zu dienen. Stattdessen sollte man klar erkennen, dass die Kolonialbewegung in den 1880er Jahren tatsächlich bei einem bedeutenden Teil des deutschen Bürgertums einen starken Ausdruck nationalistischer Stimmungen darstellte.

Die Anziehungskraft der Kolonien hatte jedoch Grenzen. Friedrich Kapp (D19) und andere lieferten überzeugende Kritikpunkte am kolonialen Chauvinismus. Im Lauf der Zeit begannen viele Deutsche die Einschätzung Kapps zu teilen. Sie begriffen auch, dass Bismarck nicht falsch gelegen hatte, als er sich sorgte, Deutschland würde selbst von einer „pragmatischen“ Herangehensweise, wonach die wirtschaftliche Kontrolle der Überseegebiete sich auf die Aktivitäten kaiserlich privilegierter Handelsgesellschaften stützte und nicht auf staatliche

Initiative („die Flagge folgt dem Handel“) (D23, B12) nur geringfügig, wenn überhaupt, profitieren (D22). Die oft brutale Behandlung der einheimischen Afrikaner lieferte den Sozialdemokraten reichlich Munition, um Deutschlands territoriale Expansion in Übersee anzuprangern (D24). Satirezeitschriften verspotteten zudem die Behauptungen, dass koloniale Eroberungen eine „zivilisatorische Mission“ im Namen der gesamten Menschheit darstellten (B17). Nichtsdestoweniger waren der unermüdliche Peters und andere immer bereit, solche Kritikpunkte mit weitergehenden Behauptungen über den wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Nutzen von Kolonien zu beantworten – die ebenso vehement wie unerträglich ausfielen. Bisweilen wiesen sie auf die Gefahr hin, die sozialistischen Kritiker des Kolonialismus überhaupt anzuhören (D25). Sei es die Gegnerschaft zu Kolonien oder die Befürwortung von mehr Expansion in Übersee, solche Erklärungen brachten ein wachsendes Unbehagen bei den Nationalisten zum Ausdruck, dass Deutschlands Mission in der Welt im Rahmen der durch Bismarcks Herrschaftssystem und -stil auferlegten Einschränkungen nicht zu realisieren sein würde.

[Weiterführende Literatur \(Kap. 6\)](#)

7. Politik II: Parteien und politische Mobilisierung

„*Reichsfeinde*“. In einem Zeitalter des raschen sozialen und wirtschaftlichen Wandels, als die politische Kultur des neuen Reichs sich noch im Fluss befand, schien die Taktik, bestimmte Gruppen als „Reichsfeinde“ abzustempeln, Bismarck die Möglichkeit zu eröffnen, ein Bündnis staatstragender Parteien im preußischen Landtag und im gesamtdeutschen Reichstag zu schaffen. Mit Blick auf solche „Feinde“ konzentrierte Bismarck seine Angriffe ab 1871 auf die deutschen Katholiken, ab 1878 auf die Sozialdemokraten, Anfang und Mitte der 1880er Jahre auf die Linksliberalen und seit 1885 auf die Polen in Ostpreußen (D7). Die beiden ersten Gruppen erhalten hier besondere Aufmerksamkeit, weil sie am deutlichsten zeigen, dass diese Strategie sich ziemlich leicht als Eigentor für den Kanzler erweisen konnte. Sie erzeugte oder stärkte die gemeinsame Identität unter den Mitgliedern der diskriminierten Gruppen, wo ein derartiges Solidaritätsgefühl zuvor gar nicht vorhanden oder weniger sichtbar gewesen war. Ursprünglich werteten Wissenschaftler den *Kulturkampf* gegen die katholische Kirche und das *Sozialistengesetz* von 1878-1890 als Beleg für Bismarcks erfolgreiche Manipulation der öffentlichen Meinung, um sein zerbrechliches Reich zu schützen. Inzwischen betonen Historiker, in welchem Maße sowohl die antikatholischen als auch die antisozialistischen

Kampagnen mit den Wünschen großer Teile des protestantischen Bürgertums übereinstimmten. Beide Auseinandersetzungen trugen zur Destabilisierung und zum Autoritätsverlust des Bismarckreichs bei, nicht zu seiner Festigung.

Der *Kulturkampf* war vermutlich Bismarcks kühnstes und am schlechtesten durchdachtes Hasardspiel. Eingeläutet wurde es durch eine schrittweise Eskalation der Spannungen zwischen den Staatsbehörden und der katholischen Kirche in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre in Baden, Preußen und weiteren deutschen Staaten. Kurz nach der deutschen Einigung leiteten Bismarck und sein Kultusminister Adalbert Falk eine Reihe von Gesetzesinitiativen ein, die darauf abzielten, die Autonomie der katholischen Kirche in Deutschland zu untergraben, ihre finanzielle Unabhängigkeit zu schmälern, ihren Einfluss im Schulwesen zu schwächen und den Jesuitenorden aus Deutschland zu verbannen (D1, D2, D3). Linksliberale und Nationalliberale unterstützten diese Initiative enthusiastisch. Einige unter ihnen rangen verzweifelt mit der Diskrepanz zwischen dem Engagement des Liberalismus für bürgerliche Freiheiten und der offensichtlichen Tatsache, dass Bismarck sich mit Repressionsmaßnahmen auf eine bestimmte Gruppe einschoss (D4). Die meisten jedoch hofften, dass der Kampf gegen die katholische Kirche drei Ziele erreichen würde: den Einfluss von Gruppen in den Grenzregionen des Reichs zu verringern (im preußischen Polen, in Bayern, im Rheinland und in Elsass-Lothringen), die versucht sein könnten, sich mit ihren Glaubensgenossen in Frankreich oder Österreich zu verbünden; die Mächte des „Obskurantismus“ zurückzudrängen, die angeblich in der katholischen Kirche seit dem Mittelalter weiter im Kommen waren; und sicherzustellen, dass die liberalen Parteien für Bismarck unentbehrlich blieben, damit die konstitutionellen und ökonomischen Freiheiten sich auch in Zukunft weiterentwickeln würden.

Die Maigesetze von 1873 stellten das Kernstück der Kulturkampfgesetzgebung dar. Die Spannungen zwischen Bismarck und dem Papst verschärften sich in den beiden folgenden Jahren nur noch weiter. Gegen Ende des Jahrzehnts hatte Bismarck allerdings erkannt, dass die Gegenmaßnahmen der katholischen Geistlichkeit und ihrer Kirchengemeinden seine Pläne größtenteils vereitelt hatten. Die Unzulänglichkeit der staatlichen Institutionen bei der Bekämpfung eines Drittels der Reichsbevölkerung war eindrucksvoll zu Tage getreten. Im Jahr 1878 hatte der Kanzler dann viele Gründe, den politischen Hauptvertreter der katholischen Interessen wieder auf der Regierungsseite willkommen zu heißen, d.h. die deutsche Zentrumspartei, die sich auf ein breites Spektrum kirchlicher und weltlicher Organisationen stützte (D5). Die Zentrumspartei verfügte über eine große Reichstagsfraktion, deren

Abgeordnete katholische Wahlkreise vertraten. In solchen Regionen stand häufig von vornherein fest, dass der Zentrums kandidat am Wahltag den Sieg davontragen würde, nicht nur aufgrund der Konzentration von Katholiken in bestimmten Regionen Deutschlands, sondern auch wegen der tief sitzenden sozialen Antagonismen, die Protestanten und Katholiken trennten und bei Letzteren zu einem Gefühl der Benachteiligung beitrugen (siehe Kapitel 4). Zwischen 1878 und Mitte der 1880er Jahre lief sich der *Kulturkampf* allmählich tot (D6). Öffentlich gab Bismarck die Niederlage allerdings nie zu und der konfessionelle Friede in der wilhelminischen Zeit blieb fragil.

Bismarck verschärfte während der 1870er Jahre schrittweise die Repressionsmaßnahmen gegen die angeblich „revolutionäre“ Bedrohung durch die Sozialdemokratie (D8, D9, B3, B4, B5, B6). Zwei Attentatsversuche auf Kaiser Wilhelm I. (D11, D12, D13, B7, B8) führten zur Verabschiedung des *Sozialistengesetzes* im Oktober 1878 (B12). Die Kampagne für das Verbot sozialdemokratischer Aktivitäten war beim deutschen Bürgertum sogar noch populärer als der *Kulturkampf*, und ihr Scheitern erwies sich als noch schwererer Schlag für die Autorität des Bismarckstaates. Die beiden Kampagnen hatten viele Merkmale gemein. Beide weckten Erwartungen beim liberalen Bürgertum, dass ein Feldzug gegen die „Reichsfeinde“ die Stärke und innere Einheit des neuen Nationalstaats konsolidieren würde, entweder durch die erneute Geltendmachung der staatlichen Gewalt gegenüber den Anhängern des Papstes oder durch die Verteidigung des Privateigentums und der etablierten Gesellschaftsordnung gegen die Kräfte der Revolution. Beide führten zu liberalen Selbstanklagen und Bedenken hinsichtlich der Weisheit des Schritts, eine einzelne politische Bewegung für „jenseits der Grenzen des Erlaubten“ zu erklären (D10, D14, D15, B13). Beide bewiesen, dass der Polizei, den Gerichten und staatlichen Verwaltungsbeamten die Mittel fehlten oder sie nur unzureichend darauf eingeschworen waren, eine politische Ideologie zu bekämpfen, die einen so großen Teil der Bevölkerung vertrat (D39, B14, B15). Zudem trugen beide direkt zu einem starken Solidaritätsgefühl unter den Zielgruppen bei und erhöhten deren Wahlerfolge und parlamentarischen Einfluss.

Nur wenige deutsche Arbeiter hatten in den frühen 1870er Jahren überhaupt von Karl Marx gehört oder wussten irgendetwas über seine Theorien des Klassenkampfes oder der Revolution. Unter jener kleinen Gruppe hingen noch viele den Lehren eines anderen (damals schon verstorbenen) Sozialistenführers an, Ferdinand Lassalle. Während der Laufzeit des *Sozialistengesetzes* (1878-1890) bauten die Sozialdemokraten ein umfassendes

Untergrundnetzwerk mit Agenten, Kurieren, Propagandisten und Wahlhelfern auf. Gemäßigt durch die praktische parlamentarische Arbeit August Bebels, Wilhelm Liebknechts und anderer sozialdemokratischer Parteiführer im Reichstag und in den Landtagen, gewannen mit der Zeit immer mehr Arbeiter die Überzeugung, dass eine geschlossene Parteistruktur, ein unabhängiges Netzwerk kultureller Vereine, politischer Protest und das Prinzip „alle Mann an Deck“ am Wahltag die besten Mittel waren, um einen Staat zu bekämpfen, der sie als Verbrecher abgestempelt hatte (D16, D24, D25, D26, D27, D28, B16, B17, B18, B19, B20). Als Folge stieg zwischen 1878 und 1890 die Mitgliederzahl der sozialistischen Partei, ebenso die Zahl der Abgeordneten in ihren Reichstagsfraktionen (D37, B21, B22, B23). Während sozialdemokratische Kandidaten in den Reichstagswahlen von 1874 nur etwa 350.000 Stimmen erhalten hatten, waren für die Partei im Februar 1890 1,4 Millionen Wahlzettel abgegeben worden – nahezu 20 Prozent der direkten Stimmen (D38, B25). Dieser überwältigende Sieg trug zur Entscheidung Kaiser Wilhelms II. bei, einen Monat später Bismarck zu entlassen und nahm das noch drastischere Anwachsen der Partei in den 1890er Jahren vorweg.

Parteiprogramme und -organisationen. Das allgemeine Männerwahlrecht wurde 1867 eingeführt, zunächst für die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes und dann, im Jahr 1871, für das neue Reich. In diesen Jahren nahm die parteipolitische Landschaft in Deutschland Strukturen an, die bis 1918 und darüber hinaus fortbestanden. Die Historiker sind sich uneinig, ob die wichtigsten politischen Parteien stabile sozialmoralische „Milieus“ repräsentierten, wie dies von M. Rainer Lepsius postuliert wurde. Die Milieutheorie ist nicht in der Lage, dem dynamischen Wesen und den Möglichkeiten wechselnder Bündnisse innerhalb des politischen Systems des Deutschen Kaiserreichs Rechnung zu tragen. Doch die Beständigkeit der großen Parteigruppierungen und ihrer ursprünglichen Parteiplattformen deutet darauf hin, dass die Entstehung der modernen Massenpolitik am ehesten in der Bismarckzeit, nicht in der wilhelminischen Ära zu verorten ist. Es war 1866-67, dass sowohl die konservative (D17, D18, D19) wie auch liberale Bewegung (D21, D22) sich spalteten. Auch die Sozialdemokraten organisierten sich in dieser Zeit, erst auf der regionalen und dann auf der nationalen Ebene (D24, D25). Anfang der 1870er Jahre festigte sich die katholische Zentrums Partei als Reaktion auf den *Kulturkampf* (D20), und 1875 schmiedeten die marxistischen und Lassalleschen Flügel der Sozialdemokratie eine fragile Einheit auf Grundlage des Gothaer Programms (D26, D27, D28). In den 1880er Jahren kam es zur Spaltung, Wiedervereinigung und anderweitigen Reorganisation der alten linksliberalen und neuer antisemitischer Parteien (D23, D29).

Die Plattformen und Wahlprogramme dieser Parteien veranschaulichen die gegenseitige Abhängigkeit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Fragen innerhalb ihrer jeweiligen Ideologien. Sie zeigen auch die Möglichkeiten für Koalitionsbildungen sowie die Hindernisse für eine Zusammenarbeit auf, die einige Historiker dazu veranlasst haben, von einer „Versäulung“ des Parteiensystems zu sprechen. Satirische Karikaturen (B26, B27, B28) und sorgfältig gestellte Fotografien der Parteiführer (B29, B30) lassen darauf schließen, dass die wichtigen Parteien mehr gemeinsame Werte teilten, als Historiker bisweilen annehmen, selbst wenn Parteibündnisse in einem Augenblick beliebig und im nächsten wiederum abhängig von Bismarcks Gunst erschienen.

„*Politik in einer neuen Tonart*“. Das Auftauchen neuer politischer Parteien und Parteigruppierungen war nicht das einzige Merkmal der entstehenden Massenpolitik in Bismarcks Deutschland. In diesem Abschnitt rückt auch die Macht der Presse ins Blickfeld, staatspolitische Fragen ins Wohnzimmer gewöhnlicher Deutscher zu transportieren (B31, B32). In dem Maße, wie die Wähler den Wahlakt als selbstverständliche Vaterlandspflicht zu akzeptieren begannen oder als das beste Mittel, Solidarität zu Klasse, Konfession, Region oder Ideologie zu äußern, stieg die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen drastisch an – wiederum wesentlich drastischer als bei den besser erforschten Wahlen nach 1890. Bei den Reichstagswahlen von 1874, gaben etwa 5,2 Millionen Deutsche ihre Stimme ab, was eine Wahlbeteiligung von 61,2 Prozent bedeutet. Bei den Reichstagswahlen 1887 begaben sich rund 7,6 Millionen Deutsche an die Urnen. Damit betrug die Wahlbeteiligung 77,5 Prozent, was bis 1907 unerreicht blieb (D32). Ein Grund für diese Zunahme des Wählerengagements waren die Bemühungen der Reichstagsabgeordneten, die geheime Stimmabgabe sicherzustellen.

Eine derartige Absicherung war keineswegs unumstößlich (D33, D34, D35, D36, D37). Ob das Prinzip des Wahlheimnisses respektiert oder unterminiert wurde, hing sehr stark davon ab, wo ein Wähler lebte, wer sein Arbeitgeber war und ob die Regierung ein direktes Interesse am Ausgang einer bestimmten lokalen Kampagne zeigte. Kein Wunder, dass zeitgenössische Künstler die „ungelösten Fragen“ bildlich darstellten, die „verunsicherte Wähler“ in dieser Ära plagten (B33, B34, B35, B36). Die Wähler wurden auch zum Ziel unverantwortlicher Versprechungen und Appelle seitens radikaler Parteien. Die Antisemiten der späten 1870er und der 1880er Jahre trugen am meisten zur Verrohung der öffentlichen Meinung bei, sie hatten sehr viel Sinn für die Leichtgläubigkeit des Durchschnittswählers (D30, D31, D32). Doch alle Parteien mussten mit den Massen rechnen – und dies, wie ein Konservativer es formulierte, ob

sie es wollten oder nicht und ob es ihnen angenehm war oder nicht. Das allgemeine Wahlrecht war „ihnen zu heiß unter den Füßen“ geworden, um immer noch auf die ältere und exklusivere Honoratiorenpolitik zu setzen.

Bismarcks Vermächtnis. Ein gelehrter Witzbold bemerkte einmal, dass ein Buch mit dem Titel „Die deutsche Einigung durch Wilhelm I.“ eher den geänderten Titel „... trotz Wilhelms I.“ hätte tragen sollen. Wilhelm I. selbst stellte vor seinem Tod im März 1888 trocken fest, es sei nicht leicht gewesen, als Kaiser unter der Herrschaft eines Kanzlers wie Bismarck zu dienen. Bismarck seinerseits war konsequent und aufrichtig, wenn er anführte, er habe stets nach dem Wohlgefallen seines Königs gedient (B38). Während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. (B42) im Frühjahr 1888 waren die Beziehungen zwischen Bismarck und dem Königshaus ernstlich belastet. Zur Überraschung der meisten Eingeweihten stellten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Kanzler und dem Kaiser wieder ein, als Kaiser Wilhelm II. im Juni 1888 den Thron bestieg. Gegen Ende des „Dreikaiserjahres“ jedoch waren bereits dunkle Wolken am Horizont aufgezogen, die Wilhelm II. schließlich zur Entlassung Bismarcks im März 1890 bewegten (D42, B46). Selbst vor diesem Tag hatten Zeitgenossen bereits über die historische Bedeutung und die Folgen von Bismarcks langer Amtsperiode debattiert (D40, D41). Wohin sollte es mit Deutschland nun gehen?

Diese Debatte setzte sich nach Bismarcks Rücktritt monate- und jahrelang fort (D43, D44, D45). Ein Bismarckkult hatte bereits vor dem Tod des Altkanzlers im Juli 1898 enorme Dimensionen angenommen. Nur ein Jahr zuvor hatte allerdings eine anonyme politische Karikatur (B48) die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie die deutsche Geschichte unter Bismarck erschütternde, aber wenig überzeugende Wege hin zum neuen Jahrhundert eingeschlagen hatte. Diese Karikatur stellt dieselbe Art von triumphalem Gestus dar, die auch an anderer Stelle in diesem Band zu sehen ist – gegenüber internationalen Gegnern, angeblichen Attentätern und liberalen Widersachern. Doch sie zeigt auch die tief sitzenden Befürchtungen, wohin jene Triumphe in Zukunft führen könnten.

Das Deutsche Reich war auf dem Amboss des militärischen Sieges, der Monarchie und der Vorherrschaft Preußens geschaffen worden. Es war zu einem Wirtschaftsmotor ersten Ranges aufgestiegen, war in der Lage, Industriemärkte in beliebig vielen Branchen zu beherrschen. Es konnte Schulen, wissenschaftliche Labore, eine Kunstszene und Freiheiten im Wahlsystem vorweisen, um die es Europa und die Welt beneideten. Und das Prinzip des Föderalismus, so

machtvoll in früheren Epochen, war nicht geopfert worden, sogar als die Zentralorgane des Reichs an Zahl und Einfluss anwuchsen. Selbst der Schutz jüdischer Rechte schien gesichert oder mindestens ebenso sicher wie in anderen Gebieten Europas. Nichtsdestoweniger sollte die Frage, ob die autoritären oder modernen Merkmale des Reichs im neuen Jahrhundert sich stärker ausprägen würden, auf quälende Weise offen bleiben. Tatsächlich bestanden beide Charakteristika fort und entwickelten sich weiter.

Am 29. März 1890 verließ Bismarcks Zug den Lehrter Bahnhof in Berlin, um ihn auf sein Gut Friedrichsruh in den Ruhestand zu bringen (B47). Jener Abschied gab den Deutschen eine Gelegenheit, auf 25 Jahre noch nie da gewesenen Wandel und Errungenschaften im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich zurückzublicken. Doch im Verlauf der Gründung und Festigung des Reichs hatten die Deutschen sich auch selbst geschmälert. Sie taten dies, indem sie das Wohlstandsgefälle und die sozialen Rangunterschiede verschärften, die Rechte von Minderheiten angriffen, einen Keil zwischen die Arbeiterklassen und die übrige Gesellschaft trieben, die Rechte des Parlaments aufs Spiel setzten und sich von einem zunehmend realitätsfernen Staatsmann führen ließen. Diese Verhaltensmuster und Einstellungen belasteten die spätere deutsche Geschichte auf eine Weise, die der Entwicklung hin zu Parlamentarismus, Demokratisierung und Toleranz gegenüber Vielfalt manches Hindernis in den Weg stellte. Diese Interpretation Deutschlands zur Bismarckzeit und seines Vermächtnisses ist in den meisten Geschichtsbüchern der vergangenen 20 Jahre heruntergespielt oder in Frage gestellt worden. Allerdings erscheint es nur angebracht, dass eine neue Geschichte – präsentiert im Internet mit Dokumenten in deutlicher Sprache und aufschlussreichen Bildern – ebenso offen gegenüber vielfältigen Lesarten und kritischer Reflexion sein sollte wie die Darstellungen in gedruckter Form.

[Weiterführende Literatur \(Kap. 7\)](#)

James Retallack

Vorschläge für Weiterführende Literatur

Historische Überblicksdarstellungen, Interpretierende Darstellungen, Biographien

Lynn Abrams, *Bismarck and the German Empire, 1871-1918*, 2. bearb. Ausg., London und New York, 2006 (Orig. 1995).

Volker R. Berghahn, *Imperial Germany, 1871-1914: Economic, Society, Culture and Politics*, 2. Aufl., Oxford und New York, 2005 (Orig. 1994); deutsche Ausg. *Das Kaiserreich 1871-1914. Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16), 10. Aufl., Stuttgart, 2003.

David Blackbourn, *History of Germany, 1780-1918: The Long Nineteenth Century*, 2. Aufl., London, 2003 (Orig. 1997).

Roger Chickering, Hg., *Imperial Germany: A Historiographical Companion*, Westport, Conn., 1996.

Ewald Frie, *Das Deutsche Kaiserreich*, Darmstadt, 2004.

Lothar Gall, *Bismarck: The White Revolutionary*, 2 Bde., Boston, 1986 (Orig. deutsche Aufl. 1980).

Dieter Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte 1871-1890*, Stuttgart, 1992.

Matthew Jefferies, *Contesting the German Empire, 1871-1918*, Oxford, i.E. 2007.

Katharine Anne Lerman, *Bismarck*, Harlow, 2004.

Wilfried Loth, *Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung*, München, 1996.

Wolfgang J. Mommsen, *Imperial Germany 1867-1918: Politics, Culture, and Society in an Authoritarian State*, London und New York, 1995; Orig. deutsche Ausg. *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs*, Frankfurt a.M., 1990.

Wolfgang J. Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat, Teil 1, Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890*, Berlin, 1993.

Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Hg., *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse. Probleme und Perspektiven*, i.E. 2008.

Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, 2 Bde., München, 1990-92.

Thomas Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen, 1976.

Thomas Nipperdey, *Nachdenken über die Deutsche Geschichte. Essays*, München, 1986.

Otto Pflanze, *Bismarck and the Development of Germany*, 3 Bde., Princeton, 1990.

James Retallack, Hg., *Imperial Germany 1871-1918. The Short Oxford History of Germany*, Oxford und New York, i.E. 2008.

Matthew S. Seligmann und Roderick R. McLean, *Germany from Reich to Republic, 1871-1918*, New York, 2000.

James J. Sheehan, Hg., *Imperial Germany*, New York, 1976.

Volker Ulrich, *Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des Kaiserreichs*, Frankfurt a.M., 1997.

Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914*, München, 1995.

Hans-Ulrich Wehler, *The German Empire, 1871-1918*, Oxford und New York, 1997; Orig. deutsche Ausg. *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen, 1973.

Hans-Ulrich Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte*, 2. Aufl., Göttingen, 1979.

1. Demographische und ökonomische Entwicklung

Klaus Bade, Hg., *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, 2 Bde., Ostfildern, 1984.

Klaus Bade, Hg., *Population, Labour, and Migration in 19th and 20th-Century Germany*, Leamington Spa, New York, 1987.

Helmut Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881*, Köln und Berlin, 1966.

David Crew, *Town in the Ruhr: A Social History of Bochum, 1860-1914*, New York, 1979.

Oliver Grant, *Migration and Inequality in Germany, 1870-1913*, Oxford, 2005.

Hans Werner Hahn, *Die Industrielle Revolution in Deutschland*, München, 1998.

William O. Henderson, *The Rise of German Industrial Power, 1834-1914*, London, 1975.

Martin Kitchen, *The Political Economy of Germany, 1815-1914*, London, 1978.

Jürgen Kocka, *Industrial Culture and Bourgeois Society. Business, Labor, and Bureaucracy in Modern Germany*, Oxford und New York, 1999.

Sheilagh Ogilvie und Richard Overly, Hg., *Germany: A New Social and Economic History*, Bd. 3, *Since 1800*, London und New York, 2003.

Tony Pierenkemper und Richard Tilly, *The German Economy during the Nineteenth Century*, New York, 2004.

Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt a.M., 1985.

Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin, 1967.

Hans Rosenberg, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen, 1978.

Frank B. Tipton, *Regional Variations in the Economic Development of Germany during the Nineteenth Century*, Middletown, Conn., 1976

Cornelius Torp, *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914*, Göttingen, 2005.

Ingeborg Weber-Kellermann, *Landleben im 19. Jahrhundert*, München, 2. Aufl. 1988.

Frieda Wunderlich, *Farm Labor in Germany, 1810-1945*, Princeton, 1961.

2. Gesellschaft

Celia Applegate, *A Nation of Provincials: The German Idea of Heimat*, Berkeley, 1990.

David Blackbourn und Geoff Eley, *The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*, Oxford und New York, 1984.

David Blackbourn und Richard J. Evans, Hg., *The German Bourgeoisie: Essays on the Social History of the German Middle Class from the Late Eighteenth to the Early Twentieth Century*, London und New York, 1991.

Richard Blanke, *Prussian Poland in the German Empire (1871-1900)*, Boulder, Col., und New York, 1981.

Kathleen Canning, *Languages of Labor and Gender: Female Factory Work in Germany, 1850-1914*, Ithaca, 1996.

Barbara Franzoi, *At the Very Least She Pays the Rent: Women and German Industrialization*, Westport, Conn., 1985.

Ute Frevert, *Women in German History: From Bourgeois Emancipation to Sexual Liberation*, Oxford und Washington, DC, 1990.

Lothar Gall, *Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze*, München, 1996.

Karen Hagemann und Jean H. Quataert, Hg., *Gendering Modern German History: Theories – Debates – Revisions*, Oxford und New York, 2007.

Marion A. Kaplan, *The Making of the Jewish Middle Class: Women, Family, and Identity in Imperial Germany*, Oxford und New York, 1991.

Jürgen Kocka mit Ute Frevert, Hg. *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, 3 Bde., München, 1988.

Jürgen Kocka und Alan Mitchell, Hg., *Bourgeois Society in Nineteenth-Century Europe*, Oxford und Providence, R.I., 1993.

Brian Ladd, *Urban Planning and Civic Order in Germany, 1860-1914*, Cambridge, Mass., 1990.

Andrew Lees, *Cities, Sin, and Social Reform in Imperial Germany*, Ann Arbor, 2002.

Heinz Reif, Hg., *Adel und Bürgertum in Deutschland*, Bd. 1, *Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. Jahrhundert*, Berlin, 2000.

Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn, 1992.

Angelika Schaser, *Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933*, Darmstadt, 2006.

Shulamit Volkov, *The Rise of Popular Antimodernism in Germany: The Urban Master Artisans, 1873-1896*, Princeton, 1978.

Patrick Wagner, *Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts*, Göttingen, 2005.

3. Kultur

Klaus Amann und Karl Wagner, Hg., *Literatur und Nation. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 in der deutschsprachigen Literatur*, Köln, Weimar, und Vienna, 1996.

David Blackbourn und James Retallack, Hg., *Localism, Landscape, and the Ambiguities of Place: German-Speaking Central Europe, 1860-1930*, Toronto und Buffalo, 2007.

Curtis Cate, *Friedrich Nietzsche*, London, 2002.

W.A. Coupe, *German Political Satires from the Reformation to the Second World War*, 6 Bde., Teil 2, Bde. 3-4, 1849-1918, White Plains, NY, 1987.

Gordon A. Craig, *Theodor Fontane. Literature and History in the Bismarck Reich*, Oxford und New York, 1999.

Götz Czymmek und Christian Lenz, Hg., *Wilhelm Leibl. Zum 150. Geburtstag*, Heidelberg, 1994.

Andreas Dorpalen, *Heinrich von Treitschke*, New Haven, 1957.

Françoise Forster-Hahn, u. a., *Spirit of an Age: Nineteenth-Century Paintings from the Nationalgalerie*, Berlin, London, 2001.

Thomas W. Gaehtgens, *Anton von Werner: Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches. Ein Historienbild im Wandel preussischer Politik*, Frankfurt a.M., 1990.

R. J. Hollingdale, *Nietzsche: The Man and his Philosophy*, 2. bearb. Aufl., New York, 1999 (Orig. 1965).

Matthew Jefferies, *Imperial Culture in Germany, 1871-1918*, Basingstoke, 2003.

- Claude Keisch, Marie Ursula Riemann-Reyher, Hg., *Adolph Menzel, 1815-1905: Between Romanticism and Impressionism*, New Haven und London, 1996; deutsche Ausg., Keisch und Riemann-Reyher, Hg., *Adolph Menzel 1815-1905. Das Labyrinth der Wirklichkeit*, Köln, 1996.
- Joachim Köhler, *Richard Wagner: The Last of the Titans*, Übers. Stewart Spencer, New Haven, Conn., 2004.
- Clayton Koelb und Eric Downing, Hg., *German Literature of the Nineteenth Century, 1832-1899*, Rochester, NY, 2005 (Camden House History of Germany, Bd. 9).
- Robin J. Lenman, *Artists and Society in Germany, 1850-1914*, Manchester, 1997; Orig. deutsche Ausg., *Die Kunst, die Macht und das Geld. Zur Kulturgeschichte des kaiserlichen Deutschland 1871-1918*, Frankfurt a.M. und New York, 1994.
- Beth Irwin Lewis, *Art for All? The Collision of Modern Art and the Public in Late Nineteenth-Century Germany*, Princeton, 2003.
- Vernon Lidtke, *The Alternative Culture: Socialist Labor in Imperial Germany*, Oxford und New York, 1985.
- Walter Pape, Hg., *1870/71-1989/90: German Unifications and the Change of Literary Discourse*, Berlin und New York, 1993.
- Peter Paret, *Art as History: Episodes in the Culture and Politics of Nineteenth-Century Germany*, Princeton, 1988.
- Joachim Remak, *The Gentle Critic: Theodor Fontane and German Politics, 1848-1898*, Syracuse, 1964.
- Katherine Roper, *German Encounters with Modernity: Novels of Imperial Berlin*, Atlantic Highlands, N.J., 1991.
- Ronald Speirs und John Breuilly, Hg., *Germany's Two Unifications: Anticipations, Experiences, Responses*, Basingstoke, 2005.
- George S. Williamson, *The Longing for Myth in Germany: Religion and Aesthetic Culture from Romanticism to Nietzsche*, Chicago, 2004.

4. Religion, Bildung, Sozialwesen

- James C. Albisetti, *Schooling German Girls and Women: Secondary and Higher Education in the Nineteenth Century*, Princeton, 1988.
- James C. Albisetti, *Secondary School Reform in Imperial Germany*, Princeton, 1983.
- Wolfgang Ayass, Florian Tennstedt und Heidi Winter, Hg., *Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890)*, Bd. 1, *Grundfragen der Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite und in der Öffentlichkeit*

- (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Hg. Peter Rassow und Karl Erich Born, II. Abteilung), Darmstadt, 2003.
- David Blackbourn, *Marpingen. Apparitions of the Virgin Mary in Bismarckian Germany*, Oxford, 1993.
- Olaf Blaschke und Frank-Michael Kuhlemann, Hg., *Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen*, Gütersloh, 1996.
- Walter Boehlich, *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt a.M., 1965.
- Raymond H. Dominick, *The Environmental Movement in Germany: Prophets and Pioneers, 1871-1971*, Bloomington, Ind., 1992.
- Michael B. Gross, *The War against Catholicism: Liberalism and the Anti-Catholic Imagination in Nineteenth-Century Germany*, Ann Arbor, 2004.
- Barnet Hartston, *Sensationalizing the Jewish Question: Anti-Semitic Trials and the Press in the Early German Empire*, Leiden und Boston, 2005.
- Heinz-Gerhard Haupt und Dieter Langewiesche, Hg., *Nation und Religion in der deutschen Geschichte*, Frankfurt a.M. und New York, 2001.
- Róisín Healy, *The Jesuit Specter in Imperial Germany*, Boston, 2003.
- Konrad H. Jarausch, *Students, Society, and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism*, Princeton, 1982.
- Uffa Jensen, *Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert*, Göttingen, 2005.
- Simone Lässig, *Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert*, Göttingen, 2004.
- Marjorie Lamberti, *State, Society, and the Elementary School in Imperial Germany*, Oxford und New York, 1989.
- Thomas M. Lekan, *Imagining the Nation in Nature: Landscape Preservation and German Identity, 1885-1945*, Cambridge, Mass., 2004.
- Charles McClelland, *State, Society, and University in Germany, 1700-1914*, Cambridge, Mass., 1980.
- Michael A. Meyer mit Michael Brenner, Hg., *German-Jewish History in Modern Times*, Bd. 3, *Integration in Dispute, 1871-1918*, Hg. Stephen M. Lowenstein u. a., New York, 1996; deutsche Ausg. Meyer mit Brenner, Hg., *Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. III, *Umstrittene Integration 1871-1918*, Hg. Lowenstein, München, 1997.
- Thomas Nipperdey, *Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918*, München, 1988.
- Peter G.J. Pulzer, *The Rise of Political Antisemitism in Germany and Austria*, bearb. Aufl., Cambridge, Mass., 1988 (orig. 1964).

- Gerhard A. Ritter, *Social Welfare in Germany and Britain: Origins and Development*, Leamington Spa und Dover, N.H., 1986.
- Ronald J. Ross, *The Failure of Bismarck's Kulturkampf: Catholicism and State Power in Imperial Germany, 1871-1887*, Washington, DC, 1998.
- Helmut Walser Smith, *German Nationalism and Religious Conflict: Culture, Ideology, Politics, 1870-1914*, Princeton, 1995.
- Helmut Walser Smith, Hg., *Protestants, Catholics and Jews in Germany, 1800-1914*, Oxford und New York, 2001.
- Jonathan Sperber, *Popular Catholicism in Nineteenth-Century Germany*, Princeton, 1984.
- Florian Tennstedt, *Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg*, Göttingen, 1981.
- Shulamit Volkov, *Germans, Jews, and Antisemites: Trials in Emancipation*, Cambridge, 2006.
- Paul Weindling, *Health, Race, and German Politics between National Unification and Nazism, 1870-1945*, Cambridge und New York, 1989.

5. Politik I: Reichsgründung

- Horst Bartel und Ernst Engelberg, Hg., *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen*, 2 Bde., Berlin-GDR, 1971.
- Otto Becker, *Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung*, Heidelberg, 1958.
- Otto von Bismarck, *Werke im Auswahl*, 8 Bde. in 9, Darmstadt, 2001.
- Arden Bucholz, *Moltke and the German Wars, 1864-1871*, Basingstoke, 2001.
- William Carr, *The Origins of the Wars of German Unification*, London und New York, 1991.
- Gordon A. Craig, *The Battle of Königgrätz: Prussia's Victory over Austria, 1866*, Philadelphia, 1964.
- Michael John, *Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany: The Origins of the Civil Code*, Oxford, 1989.
- Michael B. Klein, *Zwischen Reich und Region. Identitätsstrukturen im Deutschen Kaiserreich (1871-1918)*, Stuttgart, 2005.
- Dieter Langewiesche, *Liberalism in Germany*, London, 2000.
- Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München, 2000.
- Werner E. Mosse, *The European Powers and the German Question, 1848-1871*, Cambridge, 1958.

- Klaus Erich Pollmann, *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867-1870*, Düsseldorf, 1985.
- James Retallack, Hg., *Saxony in German History: Culture, Society, and Politics, 1830-1933*, Ann Arbor, 2000.
- Theodor Schieder, *Das Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln und Opladen, 1961.
- Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Hg., *Reichsgründung, 1870/71. Tatsachen – Kontroversen – Interpretationen*, Stuttgart, 1970.
- James J. Sheehan, *German Liberalism in the Nineteenth Century*, Chicago, 1978.
- Dennis Showalter, *Railroads and Rifles: Soldiers, Technology, and the Unification of Germany*, Hamden, Conn., 1975.
- Dennis Showalter, *The Wars of German Unification*, London, 2004.
- Dan P. Silverman, *Reluctant Union: Alsace-Lorraine and Imperial Germany, 1871-1918*, Harrisburg, Penn., 1972.
- Fritz Stern, *Gold and Iron: Bismarck, Bleichröder, and the Building of the German Empire*, London, 1977.
- Karina Urbach, *Bismarck's Favourite Englishman: Lord Odo Russell's Mission to Berlin*, London, 1999.
- Geoffrey Wawro, *The Austro-Prussian War. Austria's War with Prussia and Italy in 1866*, Cambridge und New York, 1996.
- Geoffrey Wawro, *The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870-1871*, Cambridge und New York, 2003.
- Siegfried Weichlein, *Region und Nation. Integrationsprozesse im Bismarckreich*, Düsseldorf, 2002.
- George C. Windell, *The Catholics and German Unity, 1866-1871*, Minneapolis, Minn., 1954.

6. Militär und internationale Beziehungen

- Klaus Bade, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion*, Freiburg i.Br. und Zurich, 1975.
- Konrad Canis, *Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung*, Paderborn, 2004.
- Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München, 2006.
- Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel, Hg., *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*, Göttingen, 2004.

- Stig Förster und Jörg Nagler, Hg., *On the Road to Total War: The American Civil War und the German Wars of Unification, 1861-1871*, Cambridge und New York, 1997.
- Sara Friedrichsmeyer, Sara Lennox, und Susanne Zantop, Hg., *The Imperialist Imagination: German Colonialism and its Legacy*, Ann Arbor, 1998.
- Immanuel Geiss, *German Foreign Policy, 1871-1914*, London, 1976.
- Horst Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*, 2. Aufl., Paderborn, 1991.
- William O. Henderson, *The German Colonial Empire, 1884-1919*, London, 1993.
- Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871-1918*, München, 1989, 2. Aufl. 1994.
- Isabel V. Hull, *Absolute Destruction: Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca, 2005.
- Paul M. Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860-1914*, London, 1980.
- Birthe Kundrus, *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*, Köln, Weimar, und Vienna, 2003.
- Wolfgang J. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870-1914*, Frankfurt a.M. und Berlin, 1993.
- Arne Perras, *Carl Peters and German Imperialism, 1856-1918: A Political Biography*, Oxford, 2004.
- Michal Pesek, *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt a.M., 2005.
- Gerhard Ritter, *The Sword and the Scepter: The Problem of Militarism in German History*, 4 Bde., Coral Gables, FL, 1969-88 (Orig. deutsch 1956-68).
- Woodruff D. Smith, *The German Colonial Empire*, Chapel Hill, 1978.
- George Steinmetz, *The Devil's Handwriting: Precoloniality and the German Colonial State in Qingdao, Samoa, and Southwest Africa*, Chicago, 2007.
- Bruce Waller, *Bismarck at the Crossroads: The Reorientation of German Foreign Policy after the Congress of Berlin, 1878-1880*, London, 1974.
- Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln, 1969.
- Lora Wildenthal, *German Women for Empire, 1884-1945*, Durham, N.C., 2001.
- Heinz Wolter, *Bismarcks Außenpolitik 1871-1881. Aussenpolitische Grundlinien von der Reichsgründung bis zum Dreikaiserbündnis*, Berlin, 1983.

7. Politik II: Parteien und politische Mobilisierung

Margaret Lavinia Anderson, *Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton, 2000.

Margaret Lavinia Anderson, *Windthorst: A Political Biography*, Oxford und New York, 1981.

Andreas Biefang, *Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße*, Düsseldorf, 2002.

Massimo Ferrari Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus*, Frankfurt a.M., 2003.

Dieter Fricke u.a., Hg., *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1780-1945)*, 4 Bde., Leipzig, 1983-86.

Lothar Gall, Hg., *Otto von Bismarck und die Parteien*, Paderborn, 2001.

Lothar Gall, Hg., *Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstil im Wandel*, Paderborn, 2003.

Lothar Gall und Dieter Langewiesche, Hg., *Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, Beiheft 19)*, München, 1995.

Hans-Peter Goldberg, *Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag*, Düsseldorf, 1998.

Winfried Halder, *Innenpolitik im Kaiserreich 1871-1914*, Darmstadt, 2003.

Thomas Kühne, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf, 1994.

Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878-1890*, Princeton, 1966.

J. Alden Nichols, *The Year of the Three Kaisers: Bismarck and the German Succession, 1887-88*, Urbana, Ill., 1987.

Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf, 1961.

Otto Pflanze mit Elizabeth Müller-Luckner, Hg., *Innenpolitische Probleme des Bismarckreiches*, München, 1983.

James Retallack, *The German Right, 1860-1920: Political Limits of the Authoritarian Imagination*, Toronto und Buffalo, 2006.

James Retallack, *Notables of the Right: The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876-1918*, London und Boston, 1988.

Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914*, Göttingen, 1985.

- Gerhard A. Ritter, Hg., *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteisystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München, 1990.
- Gerhard A. Ritter, Hg., *Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik*, Düsseldorf, 1997.
- Gerhard A. Ritter mit Merith Niehuss, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918*, München, 1980.
- Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M., 1992.
- Ronald J. Ross, *The Failure of Bismarck's Kulturkampf: Catholicism and State Power in Imperial Germany, 1871-1887*, Washington, D.C., 1998.
- Jonathan Sperber, *The Kaiser's Voters: Electors and Elections in Imperial Germany*, Cambridge und New York, 1997.
- Volker Stalman, *Die Partei Bismarcks: Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890*, Düsseldorf, 2000.
- Peter Steinbach, *Die Zählung des politischen Massenmarktes. Wahlen und Wahlkämpfe im Bismarckreich im Spiegel der Hauptstadt- und Gesinnungspresse*, 3 Bde., Passau, 1990.
- Lech Trzeciakowski, *The Kulturkampf in Prussian Poland*, New York, 1990.
- Hans-Peter Ullmann, *Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918*, München, 1999.
- Dan S. White, *The Splintered Party: National Liberalism in Hessen and the Reich*, Cambridge, Mass., 1976.